

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 6 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 8

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr
Verbands-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Von Dr.-Ing. W. Wagner („Soziale Bauwirtschaft“ Nr. 29).

I.
Woran liegt es, daß der Wiederaufbau von Nordfrankreich so geringe Fortschritte macht? Jenseits der französischen Grenze ist man zu leicht geneigt, den Franzosen die heftigsten Vorwürfe über den mangelnden Fortgang der Wiederaufbauarbeiten zu machen. Man glaubt, daß Amerika und Deutschland, die Länder der modernen Organisation, ganz andere Erfolge in kürzerer Zeit erreicht hätten. Die Kritiker, die diesen Maßstab anlegen, vergessen aber, daß die zerstörten Gebiete nicht in Amerika, auch nicht in Deutschland, sondern in Nordfrankreich liegen und den französischen Gesetzen und der französischen Gefühlswelt unterliegen. Hinzu kommt, daß die französischen Hilfsquellen, die verfügbaren Arbeitskräfte und Materialien gar nicht ausreichen, um das Riesenwerk des Wiederaufbaues in kürzester Frist durchzuführen.

Um welche Aufgabe handelt es sich? Eine Denkschrift des französischen Gewerkschaftsbundes (Confédération générale du travail) vom Januar 1921 veröffentlicht über den Umfang der Zerstörungen einige Zahlen. In Nordfrankreich sind 1659 Gemeinden vollkommen, 707 zu 75 % und 1656 Gemeinden zu mindestens 50 % zerstört, 319 269 Häuser und 20 603 Fabriken müssen vollkommen neu aufgebaut werden. Hierzu kommen 7985 km Eisenbahn, 4875 Brücken, 12 Kanäle und 52 734 km Landstraßen. Wollte man diesen Schaden in 10 Jahren beseitigen, so sagt die Denkschrift, dann müßte Frankreich hierfür jährlich etwa 3 Milliarden Frank aufbringen. Selbst, wenn Deutschland instande wäre, an die Siegerländer jährlich 3 1/2 Milliarden Goldmark abzuführen, so würde Frankreich doch hieron nur 52 %, das heißt, eine Summe erhalten, die nicht ausreicht, um das große Werk des Wiederaufbaues in 10 Jahren zu vollenden. Schon diese einfache Ueberlegung zeigt, daß weder Frankreich allein, noch Frankreich und Deutschland den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in wenigen Jahren durchführen können, ohne die Hilfe anderer Nationen, sei es in Form von Kapital oder Arbeitskräften oder Baustoffen, in Anspruch zu nehmen.

Daß Frankreich von sich aus das Wiederaufbauproblem weder in bezug auf Arbeitskräfte noch auf Material lösen kann, geht auch aus folgenden Zahlen hervor: Die Denkschrift der Confédération générale du travail gibt an, daß bis zum Februar dieses Jahres, das heißt, zur Zeit der Veröffentlichung der Denkschrift, 90 % der Hauptstammeslinien, 60 % der Lokalbahnen, 80 % der Brücken, 20 bis 30 % der Landstraßen, 50 % der Kanäle, 16 % der Bergwerke, 20 bis 40 % der Fabriken und nur 2 1/2 % der Wohnhäuser wiederhergestellt worden sind. Die Sachschäden an industriellen Anlagen und an öffentlichen Einrichtungen (Landstraßen usw.) sind auf 42 Milliarden und die Schäden der Wohnhäuser, einschließlich des Mobiliars, auf 62 Milliarden Frank abgeschätzt. Von diesen Summen sollen, nach Angabe der Denkschrift, noch für etwa 61 Milliarden Frank Arbeiten zu erledigen sein. Die Friedensleistung Frankreichs auf dem Gebiet des Baumarcktes ist auf jährlich etwa 2 Millionen Frank zu schätzen. Heute wird der Umsatz in Frankreich, einschließlich der Entlohnung des Franz, auf höchstens 6 Milliarden Frank geschätzt. Wollte Frankreich seine ganzen Arbeitskräfte und Baustoffe ausschließlich für den Wiederaufbau Nordfrankreichs einsetzen, dann wäre der Wiederaufbau günstigenfalls in 10 Jahren zu ermöglichen. Die französischen Gewerkschaften nehmen aber an, daß es ausgeschlossen sei, die gesamten Arbeitskräfte und Baustoffe Frankreichs ausschließlich in den zerstörten Gebieten einzusetzen und die gesamte Bautätigkeit in dem Lande auf Jahre hinaus brachzuliegen. Schon diese Tatsache läßt klar erkennen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ohne internationale Hilfe schlechthin unmöglich ist.

Wenn man den Franzosen einen Vorwurf in der Wiederaufbaufrage machen will, dann kann es nur der sein, daß sie ihre ganze Politik auf die Hilfe anderer Nationen nicht

eingestellt und daß sie den organisatorischen Rahmen für den Wiederaufbau zu eng auf die eigenen Hilfskräfte zugeschnitten haben. Jedenfalls sind auch heute noch die gesetzlichen wie verwaltungsmäßigen Grundlagen für eine internationale Wiederaufbauhilfe nicht förderlich.

II.
Nimmt man den Bericht der französischen Gewerkschaften, dann ist man erstaunt, zu hören, mit welchen Reibungsflächen der von den Franzosen geschaffene Wiederaufbauapparat arbeitet. Der stark zentralistisch aufgebaute Apparat bringt es mit sich, daß die Geschädigten berichten, die Wiederaufbauarbeiten oft eingestellt werden mußten, weil die Zahlungen des Staates ins Stocken gerieten. Eine Geldanweisung zum Beispiel soll vom Tage der Anweisung bis zu ihrer Ueberweisung an die Geschädigten 4 Monate gedauert haben. Hören wir außerdem, daß die Geschädigten (sinistrés) auf die von den Kantonalausschüssen abgeschätzte Entschädigung erstmalig nur höchstens 25 % und diese nicht einmal in bar, sondern in Staatsbons erhalten, so wird es erklärlich, daß in Nordfrankreich bisher nur die kapitalkräftigen oder kreditwürdigen Personen die zerstörten Gebäude wiederaufbauen konnten. Es ist also in erster Linie die unzureichende Lösung des Finanzproblems, die bisher eine erfolgreiche Arbeit verhindert hat. Inwiefern das Schlagwort: „Die Deutschen müssen zahlen“, den Wiederaufbau behindert haben, wollen wir ganz dahingestellt sein lassen.

In zweiter Linie ist es der Mangel an Material und die Preisgestaltung der Baustoffe, die den Wiederaufbau verhindert haben. Wie uns berichtet wird, werden die Abschätzungen der Schäden durch den Kantonalanspruch auf der Basis: Friedenswert multipliziert mit einem Verteuerungsfaktor von 3,85 vorgenommen. Steigen die Löhne und die Baustoffpreise, dann ist es den Geschädigten unmöglich, den Bau anzufangen oder ihn fortzusetzen, wenn sie aus eigenen Mitteln die Uebersteuerung nicht aufbringen können. Die Denkschrift der französischen Gewerkschaften berichtet nun, daß die Baustoffspekulanten und die Baustoffhändler, durch hohe Zölle gegen die Einfuhr ausländischer Baustoffe geschützt, ein Baustoffmonopol in der Hand haben, daß sie zu privatem Nutzen nur allzuoft und allzu reichlich ausnützen. Während die Arbeitslöhne nur auf das 4,8fache gestiegen sind, sollen die Materialpreise das sieben- bis zehnfache des Friedenspreises erreicht haben. Man geht sogar soweit, Baustoffe zurückzuhalten, um eine günstigere Preissteigerung zu erreichen.

Ebenso wie das privatkapitalistische Baustoffgewerbe arbeitet das private Bauunternehmertum. Wir hören, daß die privaten Bauunternehmer 80 bis 100 % Gewinnaufschlag auf die Arbeiterlöhne verbuchen. Wir wissen nicht, ob der obige Gewinn die Ausnahme oder die Regel bildet. Sicher ist aber, daß es den privaten Unternehmern in der völlig zerstörten sogenannten „roten Zone“ äußerst erschwert ist, zuverlässige Kalkulationen aufzustellen. Die Folge ist, daß jeder Unternehmer in seine Kalkulationen einen besonders hohen Risikoaufschlag hineinrechnet, um jeden Schaden abzudecken zu können.

Es ist einleuchtend, daß diese Widerstände, die sich dem erfolgreichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entgegenstellen, in den Kreisen der Geschädigten große Enttäuschungen und Verwirrungen ausgelöst haben. In den primitivsten Weltteilen und Holzbaraden untergebracht, harren die Geschädigten schon seit Jahren sowohl auf die endgültige Festsetzung der Entschädigungssumme als auch auf Arbeitskräfte und auf Baustoffe, die sie unter den heutigen Verhältnissen mit der ihnen zugebilligten Entschädigungssumme nicht beschaffen können. In wachsendem Maße beginnen sich darum die Geschädigten zu Genossenschaften zusammenzuschließen, um die Selbsthilfe, aber auch die Opposition gegen Staat, Behörde, Unternehmer- und Händlertum zu organisieren.

III.
In diesem Stadium der Entwicklung des Wiederaufbauproblems treten die Organisationen der französischen Hand- und Kopparbeiter (Confédération générale du travail et

Ustica) auf den Plan und fassen den Beschluß, die internationale Hilfe, als den einzig möglichen Ausweg aus der Not ihres Landes, zu organisieren.

Eine Vorbesprechung zwischen französischen und deutschen Technikern in Berlin schaffte den französischen Kameraden die Gewißheit, daß die deutsche Regierung dem Gedanken der Lieferung von Baustoffen und der Bereitstellung von Arbeitskräften für Nordfrankreich sympathisch gegenüberstehe.

Die Vertreter der französischen Gewerkschaften hatten nun die Aufgabe, in ihren und in den Kreisen der Geschädigten weitere Anhänger für den Plan der internationalen Hilfe zu werben. Unter den oben geschilderten örtlichen Verhältnissen konnte das nicht schwer sein. In der richtigen Erkenntnis, daß die Annäherung der Interessen Frankreichs und Deutschlands erfolgreicher auf zunächst schmaler Basis zu erreichen sei, wurde von den beteiligten Organisationen Frankreichs zunächst der Plan erörtert, einen kleinen Abschnitt des zerstörten Gebietes zum Versuchsfeld internationaler Arbeitsleistung zu machen. Dieser Plan fand die grundsätzliche Zustimmung der Geschädigten des betreffenden Gebietes sowie der französischen Arbeiter und Techniker. Damit war der Weg freigemacht für eine Verhandlung zwischen den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen, die auf Einladung der Confédération générale du travail vom 28. Oktober bis 2. November in Paris stattfand.

Diese Verhandlungen, die in der deutschen Presse eine teilweise schiefe Darstellung erfahren haben, sind nicht auf die Initiative der deutschen Arbeiterorganisationen, sondern ausschließlich auf die Anregung der französischen Arbeiterorganisationen zurückzuführen. Nachdem der jetzt zurückgetretene Wiederaufbauminister Dr. Rathenau sich vergeblich bemüht hatte, die Zustimmung der französischen Regierung für Entsendung deutscher Arbeitskräfte nach Nordfrankreich zu erreichen, konnten die deutschen Gewerkschaften von sich aus nichts unternehmen.

Diese Feststellung müssen wir hier machen, weil einige den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Organisationen ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß sie zu diesen Verhandlungen nicht hinzugezogen wurden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, an die die Einladung der französischen Gewerkschaften erging, hatten von sich aus kein Recht, die Einladung zu erweitern.

An den Verhandlungen in Paris nahmen auf deutscher Seite teil: Essenhach und Silberhübel als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kaufmann als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und Dr.-Ing. Wagner als Vertreter des Bundes technischer Angestellten und Beamten.

Auf französischer Seite nahmen teil: Poinet, Bienville, Chantrenne und Robert als Vertreter der Geschädigten des Kantons Chaulnes, Foucaud und Laurent als Vertreter der Confédération générale du travail, Couture und Le Pen als Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, Franca, Dufau, Agache, Journiret, Ripert, Crete, Brunand, Calmandier und Rey als Vertreter der französischen Technikerorganisation.

Vorweg sei bemerkt, daß die französischen Kameraden den deutschen Vertretern von der Stunde ihrer Ankunft bis zu ihrer Abfahrt die denkbar herzlichste Aufnahme bereitet haben. Die tagelangen und sehr mühevollen Verhandlungen wurden im Geiste menschlichen Verlebens der gegenseitigen Notlage beider Nationen mit dem festen und aufrichtigen Willen geführt, eine internationale Nothilfe zu organisieren. Nicht der leiste Schatten des Mißverständnisses trübte die ernste Arbeit beider Delegationen. Diese Einstellung von Mensch zu Mensch war um so erhebender, als die deutschen Delegationen Gegenfeit hatten, eine Trümmerstätte des Weltkrieges mit allen Merkmalen grausamster Zerstörung zu sehen. Der Abschnitt zwischen Chaulnes und Péronne, der als das erste Versuchsfeld internationaler Nothilfe auszuweisen war, bedeckte Lotenselder neben Lotenseldern. Die deutschen Soldaten ruhen dort zwischen den französischen und englischen Kriegsteilnehmern und soweit das Auge reicht: Berichtigung

und Zerstörung! Die durch Gas und Granaten gestieten Wäme und Wälder reden die kalten Reste am Himmel. Neben Wäldern, mit Unkraut überwucherten Trichterfeldern, neben Schützengräben und Drahtverhaue sieht man mit viel Fleiß und Mühe bestellte Felder, die die Narben der Einschläge und Schützengräben noch klar erkennen lassen. Die Wohnstätten sind heute noch Trümmerhaufen, und die wenigen Menschen, die den Mut gefunden haben, in dieses Trümmerfeld zurückzukehren, wohnen unter großen Entbehrungen seit Jahr und Tag in primitivsten Wellblech- und Holzbaracken. Eine alte Frau, deren Sohn im Felde gefallen und deren Mann in der von ihr bewohnten Wellblechbaracke gestorben ist, zeigte uns ihr Heim. Mit Haß? Nein! Sie empfing uns, wie alle andern Geschädigten mit der Bitte: „Selbst uns, unser Heim aufbauen!“

Wahrlich, hier ist ein Feld für Nothilfe, für wahrhafte Beweise internationaler Verständigung, nicht für Lippenbienst und Händedruck, sondern für harte, hingebungsvolle Arbeit.

IV.

Wie schon oben gesagt, haben die französischen Organisationen der deutschen Delegation angeboten, mit ihr gemeinsam 11 im Somme-Abschnitt, zwischen Chaumes und Péronne liegende Dörfer wieder herzustellen. In diesen Dörfern wohnen vor dem Kriege 3741 Einwohner, von denen bis heute knapp 1700 zu ihrem heimatlichen Boden zurückgekehrt sind. Insgesamt sind 388 Arbeiterhäuser, 78 Geschäftshäuser, 79 Bürgerhäuser, 195 Bauernhöfe kleineren und größeren Umfangs, 11 Bürgermeistereien, 12 Schulen, 11 Kirchen, 3 Postgebäude und 1 Volkshochschulfabrik wiederherzustellen. Der Wert dieser Gebäude belief sich vor dem Kriege auf wenig über 13 Millionen Frank und wird heute auf etwa 60 Millionen Frank abgeschätzt.

An der gesamten Verwirklichung gemessen, ist diese Aufgabe gewiß keine große und trotz Deutschlands Verarmung in kürzester Zeit wohl zu bewältigen, sofern es den französischen Kameraden gelingt, der mannigfachen politischen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich dem Einfluß deutscher Arbeitsleistung in diesem Gebiete noch entgegenstellen.

Der Vorschlag, den die französischen Gewerkschaften der deutschen Delegation unterbreiteten, ging dahin, diese 11 Dörfer von einem gemeinnützigen Unternehmen nach der Art unserer Bauhütten oder der englischen Guilden wieder aufbauen zu lassen. Die Vorbereitungen für diesen Wiederaufbau haben die Geschädigten bereits in die Hand genommen. In jedem Dorf sind die Geschädigten zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen. Die 11 Genossenschaften werden zurzeit zu einer Zentralgenossenschaft vereinigt. Arbeitskräfte und Baustoffe, sofern diese, wie Ziegel und Sand und anderes mehr, nicht an Ort und Stelle hergestellt werden können, sollen von Deutschland bereitgestellt werden. Ueber die Finanzierung des Unternehmens soll baldigst in Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung Klarheit geschaffen werden.

Wie weit die Geschädigten dieses Abschnittes ihren Gemein Sinn zur Entfaltung gebracht haben, geht schon daraus hervor, daß sie ihren, vor der Zerstörung stark zersplitterten Grundbesitz durch ein vereinfachtes Umlegeverfahren zu einem geschlossenen Besitz zusammengelegt haben. Ein

Dorf hat es sogar übernommen, den gesamten Boden durch eine Genossenschaft gemeinschaftlich zu bestellen. Man muß den französischen Charakter kennen, um diese Entfaltung des Gemein Sinnes richtig einschätzen zu können.

Die Verhandlungen der beiden Delegationen wurden durch eine Besprechung zwischen dem Minister der befreiten Gebiete, Loucheur, und den deutschen und französischen Delegierten am 2. Oktober weiter geführt. Der Minister Loucheur brachte dem Plan das größte Interesse entgegen. Er erklärte, daß, wenn die deutschen Delegierten sich bereit erklären, den Plan der französischen Delegierten zu unterstützen und daß, wenn die deutsche Regierung in die Verwirklichung einwilligt, er durchaus bereit sei, das Projekt zu begünstigen und selbst das Wiesbadener Abkommen dahin zu ändern, daß neben der Verpflichtung Deutschlands, Baustoffe und Einrichtungen gegenstände zu liefern, auch Arbeitsleistung angeboten werden könne, ohne daß die Verpflichtung Deutschlands dadurch eine Mehrbelastung erfahren solle. Loucheur betonte zwar, daß das zwischen den deutschen und französischen Bauarbeitern in Genf getroffene Abkommen einer gewissen Korrektur unterzogen werden müsse und daß er vor endgültiger Stellungnahme noch die Ansicht des Ministerpräsidenten Briand eingeholen habe, er ver sprach jedoch, die Abschlüsse der gestellten Dörfer durch die Bezirkskommissionen beschleunigen zu lassen, sofern die Geschädigten eine schriftliche Zustimmung zu dem Projekt in kürzester Frist beibringen.

Nach weiterer Klärung des Planes durch die Geschädigten und die französischen Gewerkschaften einerseits und die deutschen Delegierten andererseits, wurde eine weitere Verhandlung über die Einzelheiten der Durchführung, diesmal auf deutschem Boden, in Frankfurt a. M., in Aussicht genommen.

Die deutschen Delegierten haben die französischen Kameraden sowie die Geschädigten nicht im klaren darüber gelassen, daß die deutsche Hilfe nicht an gutem Willen, sondern höchstens am finanziellen Können eine Grenze finden werde. Auch muß es Aufgabe der französischen Kameraden sein, alle Widerstände sachlicher und verwaltungstechnischer Natur aus dem Wege zu räumen, ehe der Einfluß deutscher Hilfe mit praktischem Erfolg möglich ist. Das Werk internationaler Nothilfe bedarf der sorgfältigsten Vorbereitung und Ueberlegung bis in alle Einzelheiten der praktischen Ausführung. „Die ganze Welt wird auf diesen Versuch sehen“, sagte der Minister Loucheur. Die Verantwortung für das Gelingen des ersten Versuches muß darum auf beiden Seiten zur Entfaltung äußerster Kraftanstrengung und sorgfältigster Ueberlegung führen. Französische Arbeiter und Techniker haben deutschen Arbeitern und Technikern die Hände gereicht! Es darf beim Handschlag nicht bleiben. Die internationale Brücke muß gebaut werden. Wenn ihre Grundpfeiler auf dem zertrümmerten Trichterfeld errichtet werden, so mag das ein Symbol sein, ein Symbol, das Victor Hugo in seiner Rede bei der Jahrgundertfeier für Voltaire im Mai 1878 mit den Worten umschrieb: „Wir sind hier versammelt, um einen Akt der Zivilisation zu begehen. Wir sind hier, um den Fortschritt zu bestätigen, um die edle Bemühung der Völker zu beglückwünschen, in einem Wort: um den Frieden zu verherrlichen, diesen erhabenen Willen des Universums. Der Friede ist die Tugend der Zivilisation, der Krieg ist ihr

Verbrecher. Heute heißt die Macht Gewalt und beginnt verteilt zu werden. Der Krieg ist in Anflagezustand verkehrt. Die Geschichte, dieser Zeuge, ist aufgerufen. Die Wahrheit erscheint. Die künstliche Verblendung verschwindet, das Recht hat seine Formel gefunden: Das Bündnis der Menschheit.“

Der Baudelegierte im Betrieb.

Von Hugo Scheibel.

III.

6. Der Betrieb und seine Gliederung.

Das Wirtschaftssystem des Kapitalismus ist aufgebaut auf Arbeitsteilung. Je verzweigter die Arbeitsteilung ist, um so vielfeiger ist natürlich auch der Verlauf der Gütererstellung. Die Metallindustrie gibt uns ein Beispiel, wie weit die Arbeitsteilung gediehen ist. Dort gibt es viele Arbeiter, die das Endprodukt ihrer Arbeit kaum gesehen haben, die Jahrzehnte nur den einen Teil herstellten, den sie seinem Namen nach noch gar nicht einmal kennen, sondern nur die Bezeichnung nach Buchstaben und Nummern aus dem Kalkulationsbureau. Diese Leute sind völlig auf eine Sache eingestellt, sie sinken zur Maschine herab. Die Arbeitsfreudigkeit ist ihnen genommen, jenes Moment, das doch für die Arbeit und das Wohlbefinden der Arbeiter von größter Bedeutung ist.

Auch im Baugewerbe ist die Arbeitsteilung in einem Umfange durchgeführt, wie es nur wenige ahnen. Die Ausbildung zu Spezialberufen im Baugewerbe nimmt immer größeren Umfang an. Die Zahl der Fachgruppen im Deutschen Bauarbeiterverband ist ein Beweis dafür. Beschränkte sich die Unterteilung des Bauberufs zunächst auf die gelernten Berufe, so hatte die Betonarbeit die Arbeitsteilung auch für die ungelerten Berufe im Gefolge. Wenn auch in einigen Großstädten bereits vorher unter den Hilfsarbeitern eine Spezialisierung eingetreten ist, so war diese doch noch nicht Regel geworden. Jetzt ist es schon so weit, daß auch für das Betongewerbe versucht wird, eine Lehrzeit der verschiedenen Gruppen einzuführen. Die Baudelegierten in den Betonbetrieben und in den Gemischtbetrieben müssen ihr Augenmerk hierauf richten; denn diese Neuerung bedeutet nicht nur Umstellung des Berufs, sondern auch Umstellung von Menschen und Technik. Das ist eine der Eigentümlichkeiten des Kapitalismus, eben diese fortwährende Umstellung und Umformung, dieses Anpassen der Betriebsorganisation an die verschiedensten Wirtschaft- und Lebenslagen. Von der Organisation eines Betriebes hängt dessen Leistungsfähigkeit ab. Im richtigen Zusammenwirken aller Teile liegt das Geheimnis der Organisation. Dieses Geheimnis muß der Baudelegierte kennen, der in solchen Betrieben tätig ist. Voraussetzung für diese Kenntnis ist natürlich, daß jeder Baudelegierte seinen Betrieb kennt, die innere Gliederung des Unternehmens, dem er angehört, und darüber hinaus die weiteren Zusammenhänge des Baugewerbes überhaupt.

Wenn von Betriebsorganisation gesprochen wird, dann sagt das Wort Organisation schon, daß darunter eine entwickelte Form des Betriebes zu verstehen ist. Wie war denn die Betriebsform früher, das heißt in der vor-kapitalistischen Zeit, in der Zeit des Handwerks? Es würde zu weit führen, diese Frage hier ausführlich zu behandeln; denn sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gesellschaftsentwicklung, auf die einzugehen, im

Gewerkschafts-Sinnprüche.

Mappenblätter von H. Krauß-Schwabach, Einigkeit und Brudersinn Suchen uns zum Ziele hin.

I.

Dank der rastlosen und gähen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften hat der Gedanke der Arbeiterkollektivität und die Einigkeit in den Wert umfassender, planvoller Organisation, in die Bedeutung der Kräftezusammenfassung und des einheitlichen Zusammenarbeitens immer kräftigere Fortschritte gemacht und ist Gemeingut ungezählter Männer der Arbeit geworden, wenn auch nicht gelehrt werden kann, daß der „Massenschritt der Arbeiterbarrikade“, von dem Ferdinand Lassalle spricht, noch nicht die geschlossene Macht eherner Einheitslichkeit aufweisen kann, die als Ziel innigst zu wünschen wäre. Um so mehr sind alle Anlässe und Bestrebungen, die auf die Bildung einer Einheitsfront aller Schaffenden, aller Arbeiter der Hand und des Kopfes abzielen, des Schweißes der Besten wert.

Die Notwendigkeit und den Wert gemeinsamer und vereinter Zusammenarbeit haben Dichter und ideale Denker aller Zeiten in trefflichen Sinnprüchen hervorgehoben, die teilweise zu „geflügelter Worten“ geworden sind und die, wenn sie auch ursprünglich nicht ausschließlich auf Arbeiterorganisationen geprägt worden sind, gleichwohl gerade auch für diese vorbildliche und nachahmenswerte Bedeutung beanspruchen können. Es wird gewiß sehr zweifelhaft sein, solche Sinnprüche, die man nicht mit Unrecht Homöopathen der Dichtung genannt hat, weil sie den Kern und die Quintessenz der Lebensweisheit in kleinen Gaben und Dosen verabreichen, an dieser Stelle zusammenzureihen und sie als Anreiz dienen zu lassen, die notwendigen Folgerungen der daraus zu gewinnenden Erkenntnis zu ziehen und die geseitigte Erkenntnis weiterzupflanzen und in sich auszuwirken zu lassen und dazu beizutragen, daß die „Angehörigen der Not“ und die „Männer der Arbeit, der alles gestaltenden Macht“ auch zu Brüdern und zu Venedigkeitskämpfern sich heranbilden im Sinne des schönen Gedankens Schafepares:

Sind wir nicht Brüder? — Das sollte Mensch dem Menschen immer sein.

II. Wirk doch vereinigte Macht auch wohl von schwächeren Männern. Homer, „Ilias“.

Wenn Arbeiter nicht wären und ihre Wild, So wäre ein Bettelstab des Edelmanns Schild.

Vereinte Kraft bricht Burg und Strom.

Auf stillem Teich wird leicht Dich tragen, Den einzelnen Mann, der schmale Kahn; Doch durch den stürmischen Lagen Müßt Du nach mächtigerem Fahrzeug fragen Und mit Genossen Dich betragen.

Wir woll'n in Freud, wir woll'n in Leid Ein Bund von Brüdern sein. Wie durch das purpurrote Blut Die Menschen all verbanden, So sei die Fahne purpurrot Der Eintracht Unterpand.

Die Eintracht der vereinten Kraft, Sie ist es, die das Werk erschafft.

Keine festere Mauer, denn Einigkeit.

Du Volk verbündeter Millionen, Du Arbeitsbund der ganzen Welt! Nur den, der schaff, soll Glück belohnen, Der Mühsiggang verleiht das Feld.

Verbunden werden auch die Schwachen mächtig. Stauffacher in Schillers „Wilhelm Tell“.

Entschuldige sich nur keiner damit, daß er in der langen Kette zu unterst stehe; er bildet ein Glied, ob das erste oder das letzte, ist gleichgültig, und der elektrische Funke könnte nicht hindurchfahren, wenn er nicht darauf läge. Darum zählen sie alle für einen und einen für alle, und die Letzten sind die Ersten.

Jeder stark allein; Stärker im Vereine Ist das ganze Wild. Schlozer, „Freiheit“.

Wenn die Wasserlein kämen zuhauf, Gäß' wohl einen Fluß; Weil jedes nimmt seinen eignen Lauf, Eins ohne das andere verdohten muß.

Stell Dich in Reih und Glied, das Ganze zu verfahren. Mag auch wer's Ganze sieht, Dich nicht darin bemerken. Das Ganze wirkt, und Du bist dein mit Deinen Verlehen. Müdert, „Weisheit des Brahmans“.

Durch Wechselfeistand kann auch Not die Not bereitren. Als wie einander warm zwei kalte Hände reiben. Müdert, „Weisheit des Brahmans“.

Wie groß Du für Dich feist, vorm Gange bist Du niedrig; Doch als des Ganges Glied bist Du als Kleinstes wichtig.

Kampf stählt die Brust, Sieg stählt. Das heiße Blut fließt hurtig. Lustig hüpfen alle Pulse. Kampf mildet nicht; Kampf gibt Rehmännerekraft Erneut in Lieb und Haß.

Georg Hauptmann, „Die verurteilte Gode“.

Nahmen dieser Auseinandersetzung unmöglich ist. Aber zum Verständnis des neugestalteten Betriebes unter der Wirtschaftsförderung des Kapitalismus sollen wenigstens einige Eigenarten des Handwerksbetriebes herausgehoben und dem des Fabrikbetriebes gegenübergestellt werden. Welche trägt das zum tieferen Verständnis des Kapitalismus bei.

Der Betrieb ist die Keimzelle, die Urzelle der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation. Fabrik und Handwerk, welche gewaltigen Unterschiede tun sich vor uns auf! Die Fabrik ist die Stätte der kapitalistischen Produktionsweise. Das Handwerk ist als die Produktionszelle anzusehen. Neben das Handwerk, die Manufaktur (hierunter begehmet man besonders die Werkstätten der Handarbeit im allgemeinen die Veredelungsgewerbe, im Gegensatz zu der Rohproduktion und dem Handel) vollzog sich die Entwicklung zur Fabrik. Im Handwerksbetrieb kennzeichnet sich das Verhältnis des Menschen zur Arbeit darin, daß der Handwerksmeister sein eigener Unternehmer, Ingenieur (Zechmeister oder Entworfer) und Arbeiter ist. Der die Arbeit ausführende Mensch ist also völlig mit dem Arbeitsprodukt verbunden. Im Handwerksbetrieb ist der Arbeitsbetrieb ungeheuer einfach. Der Handwerker „kultiviert“ die Arbeitsmethode selbst nach seinem besetzten Willen in der Führung des Werkzeugs. Die Fabrik ist als organisatorisches Kunstwerk zu betrachten, und nur so zu verstehen. Die wunderbare Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten im Fabrikbetrieb geben jedem unbefangenen Beobachter erst ein Bild von der dieser Entwicklungsstufe innerwohnenden Fähigkeit, mit der Entwicklung des übrigen Lebens Schritt zu halten. Sich dieser Tatsache verschließen, heißt die Wirklichkeit nicht erkennen zu wollen. In der Fabrik sind die Beziehungen des Menschen zur auszuführenden Arbeit ganz andere als im Handwerksbetrieb. Der Arbeiter ist nicht Besitzer der Fabrik, er ist nicht Unternehmer. Die ausführende Arbeit gliedert sich in die Arbeit des Entworfenden und des Ausführenden. Mit andern Worten: geistige und körperliche Kraft wirken gemeinsam im Dienste des erlernten. Also eine Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Diese Trennung in der geistigen Vorbereitung und der eigentlichen Ausführung als unüberlieferbares Eigentum des Wertes, des Unternehmers zu behalten, das ist das Bestreben des Unternehmers. Der kapitalistische Betrieb will sich unabhängig machen von den persönlichen (individuellen) Eigenschaften des Menschen. „An die Stelle des Menschen tritt die Organisation.“

Die vorgefennzeichneten Unterschiede zwischen Handwerk und Fabrik haben die Arbeitsteilung erkennen lassen, haben gezeigt, daß an Stelle des Einzelmenschen die Organisation getreten ist. Jede Organisation hat einen Führer, einen Kopf, einen obersten Leiter. Dieser Leiter ist selten der Unternehmer selbst, in den großen neugestalteten Unternehmungen, den Aktiengesellschaften, selten ein Aktionär. Die Leiter (Direktoren) sind Leute von außerordentlichem Können im Wirtschaftsleben. Nur der wichtigste Erfolgsmann wird an die Spitze eines Unternehmens gestellt. Der größte Erfolgsmann ist, wer die meisten Arbeiter entbehrlich machen kann, der es versteht, den Betrieb, das Unternehmen, so einzurichten, daß es nicht von einzelnen Personen (Arbeitern oder auch Technikern und Ingenieuren) abhängig ist. Der Betrieb wird mechanisiert, entpersönlicht. Der Arbeiter, Angestellte usw. werden losgelöst vom Betrieb. Diese Mechanisierung bewirkt aber auch zugleich die Verwundbarkeit des Betriebes im wirtschaftlichen Kampf. Daher ist Kenntnis der Organisation jedes Betriebes für den Baudelegierten so dringend notwendig;

denn der Baudelegierte soll doch durch seine im Betrieb gemachten Erfahrungen und Wahrnehmungen den verantwortlichen Männern jener Gewerkschaft Mitteilung machen darüber, was und wie sich dieses oder jenes, das zu wissen für den wirtschaftlichen Kampf notwendig ist, in seinem Betrieb zeigt. Die Kenntnis der organisatorischen Zusammenhänge eines Betriebes gibt Aufschluß über viele weitere Fragen. Die Aufgaben des Baudelegierten wachsen daher fortwährend. Sein Tätigkeitsfeld erweitert sich in demselben Maße, wie sich die Entwicklung zum Großbetrieb vollzieht.

Was hier zunächst nur angehandelt auf die Industrie ersehen, erleben wir auch im Baugewerbe. Gerade in der heutigen Zeit tritt die immer größere Arbeitsteilung im Baugewerbe in Erscheinung. Fortwährend steigt die Zahl der Großbetriebe. Das Baugewerbe wird in immer größerem Maße in die Bestrebungen des Großkapitals einbezogen, gleich der übrigen Industrie als willkommene Anlageobjekt für Kapitalisten zu gelten. Das Erkennen dieser Tatsache allein genügt nicht, es muß danach gehandelt werden. Darum heißt es für uns: Eineinseitigen in die Einzelvorgänge des Betriebes, in die kapitalistische Wirtschaftsform!

Die Ereignisse im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben überstürzen sich. Mit Riesenschritten geht die Um- und Neugestaltung vor sich. Jeder Tag bringt neue Formen in der kapitalistischen Wirtschaft. Wir durchleben im Baugewerbe die Entwicklung zu immer größeren Wirtschaftsgebilden. Die Zusammenhänge der Industrie mit dem Baugewerbe mehren sich. Den Zusammenhalt gleichartiger Unternehmungen zu einem großen, kleiner Baubetriebe zu großen (horizontaler Zusammenschluß) haben wir schon verschiedentlich erlebt. Aber auch mit anderen als Baubetrieben haben sich Bauunternehmer zu gemeinsamen Zwecken (Säuerbau, vom Aufschluß des Geländes, Entwurf eines Bebauungsplans, bis zur schlüsselfertigen Ablieferung der erstellten Gebäude) zusammengeschlossen. Das sind Eisenhütten und Kohlengruben mit Züge- und Hohlwerken, Betonunternehmungen und Architekten. Man nennt diesen Zusammenschluß die „Verfaktorbundung“. Also eine Erscheinung, die im Baugewerbe von vielen nicht für möglich gehalten wurde.

Der Amerikanismus, die Amerikanisierung des Wirtschaftslebens macht Fortschritte. Rücksichtslos erheben sich die Forderungen. Die Privatwirtschaft will ihren Nutzen ziehen auch aus der Wandlung des Wirtschaftslebens seit 1914. Die Sinnlosigkeit, der Begriff des Zusammenschlusses vieler Industrien, horizontal und vertikal, die nicht nur Güter herstellen, sondern sie auch auf dem Weltmarkt in Verkehr bringen, vollzieht sich in gleichem Maße. Der schöne Augenaufschlag nützt nicht mehr. Auch sich der Wirklichkeit verschließen zu wollen, nützt nichts. Die Entwicklung geht ihren ehernen Gang. Wir dürfen uns nicht dem schönen Gedanken hingeben, daß der Kapitalismus im Sterben liege, daß sein Verwehrgesetz schon die Welt verpöste, nein, der Kapitalismus hat gezeigt, daß er noch lebt und besser lebt als je zuvor. Wir dürfen uns der Erkenntnis der Entwicklung zum Hochkapitalismus nicht verschließen. Alle schönen Wünsche nützen nichts, die Wirklichkeit ist stärker. Wir können und dürfen vor dieser Entwicklungsbewegung die Augen nicht verschließen. Ihre Grundzüge erkennen und danach handeln, ist die vornehmste Aufgabe. Alles Geschrei von gewisser Seite, und bewegt es sich in noch so scharfer Tonart, schafft die Tatsachen nicht aus der Welt. Sie erkennen und danach handeln, ist das uns obliegende Gebot.

Forderungen der Gewerkschaften zur Rettung der deutschen Wirtschaft.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefaßten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unbrüchlich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarrten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Rentenprelle, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiederherstellungsaufstellungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen; unter unbedingter Befreiung aller Betriebe einer Überführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichs-Eisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahn- und Finanzgesetz Sicherungen vorgeesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiederherstellungsaufstellungen und zum Ausgleich des inneren Haushaltes des Reiches die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragsgröße der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Scharfste Erfassung der Exporteisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Walatagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Eingiehung der bisherigen Steuern, insbesondere die Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen

Im engen Kreis berengert sich der Sinn; Es wächst der Mensch mit seinen Tugenden. Schiller, Prolog zu „Wallenstein Lager“.

Dreifach Hoch dem Bruderverbunde, Jeder sei „ein Stück davon“. Jaf. Rudolf, Bundeslied der Metallarbeiter.

Aus der Kräfte schon vereintem Streben Erhebt sich wirkend erst das wahre Leben. Schiller, „Ausweisung der Künste“.

Sieh, da entbrennen in feurigem Kampf die eisernen Kräfte; Großes wickelt ihr Streit, größeres wickelt ihr Bund. Schiller, „Spasiergang“.

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, Mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir. Es führt zum Sieg der Freiheit Ehre. Des Geistes Schwert, des Rechts Banner. Daß Friede waltet, Wohlstand blüht, Daß Freud' und Hoffnung hell durchglüht Der Arbeit Heim, der Arbeit Heil, Das ist das Ziel, das wir erstreben. Mar Angel.

True heißt die zauberliche Kette, Die den Bruderverbund der Menschheit schließt. Klett.

Vor allem, vereint! Euch alle! Ihr seid verloren, ohne Muthat, wenn Ihr getrennt seid. Und warum solltet Ihr es sein, wo so große gemeinschaftliche Interessen Euch einen? Euren wirklich, bei so großer Gefahr niedrige Eifersüchteleien und feindliche Bedenklichkeiten es wagen, sich für so hoch zu machen? Sind sie es wert, daß man sie um so hohen Preis betriedigt? Und sollen Eure Kinder eines Tages, auf ihre Ketten weisend, sagen: „Das ist die Frucht der Uneinigkeit unserer Väter?“ S. G. Rousseau.

Der Mörtel.

Kalk, Wasser, Sand: Glückliche Bindung! Und der graue Felsstein! Und der gute, rote Ziegel. Und des Eichbaums Rückgrat. Und des Eisens starke Hand. Und schimmerndes Glas. Und Farbe und Lack. Und dann welche Freude — wenn das neue Haus die ersten Wohner umarmt!

Wille, Liebe, Sehnens: Glückliche Bindung! Und der Fleiß wächst wie das Werk wächst. Und die große Liebe ist stumm — aber sie zeugt. Und das wahre Sehnens wirkt fruchtbar im Tag. Wille, Liebe, Sehnens: Guter, glücklicher Mörtel! Mag Dortu.

Opfer.

Der Lebensstreich ist der Urquell alles Seins und Werdens. Aus dem lebendigen Drange nach Entfaltung des eigenen Ich heraus, wuchst die Entwicklung der Welt. Und wenn wir eine soziale Gestaltung der Welt erstreben, dann wollen wir dieses Ich nicht ausschalten, sondern wir wollen es nur sich entfalten lassen in höherer, edlerer, durchgeistigter Art.

Der niedere Mensch kennt nur sein eigenes materielles Ich, und selbst das ganze religiöse Leben dieser Menschen der Antikultur ist nichts als Befriedigung des rein materiellen Lebensverlangens. Erst der Mensch, dann die Götter. Die Götter sind nur Mittel zum Zwecke der egoistischen Befriedigung des materiellen Lebensstranges des einzelnen. Erst ich und dann du, und das Du nur, soweit das Ich das Du zur Befriedigung seiner materiellen Freuden nötig hat. So offeren die Fischer- und Jägerböden in Amerika, Sibirien, Afrika etwas von der erlangten Beute den Göttern oder Geistern der getötenen Tiere; aber sie offern gewöhnlich nur in der Not, so auf gefährlichen Wegen und Strömen, ganze Tiere. Die Kantkatholiken bringen

den Göttern gewöhnlich von gefangenen Fischen nur die Köpfe und Schwänze, die sie selbst nicht genießen.

Welch eine Entwicklung von dieser Antikultur bis zum millionenfachen Fischen eines Schiller! Auch hier ist es der Lebensstreich, der sich verlangend regt; doch ist das Ich gewachsen, es ist tiefer geworden, durchgeistigt, durchseelt. Neben das materielle Ich triumphiert das Ich der Seele. Und dieses Ich ist nun glücklich, wenn alle glücklich sind, und mit Freunden opfert er seine materiellen Werte, wenn nur das Ganze wächst und seine Seele in dem Ganzen.

Das ist das Ich des neuen Menschen, das da in diesen großen Geistern aufwärts rang. Und das ist der Fortschritt der Welt, daß dieses große Eingefühl sich bereits in Tausenden und Abertausenden des Volkes regt. Auch sie wollen ihr wirtschaftliches Recht, ihre materiellen Lebensnotwendigkeiten, doch nicht als letzten Selbstzweck alles Daseins, sondern als Voraussetzung zu höherem. Das Glück des Du ist ihnen das höchste Ziel.

Viele sind allerdings als Kinder ihrer kapitalistischen Zeit noch in höherem Denken befangen. Sie bringen ihren Kampforganisationen auch ihre Beiträge, aber sie sind ihnen rein materielle Opfer, die sie schweren Bedrängnissen bringen, nur, weil sie sich ein Geschäft davon versprechen. Das ist aber nicht die rechte proletarische Auffassung des Kampfes.

Erzwungene Opfer bringt der Mensch der Antikultur. Sittlich ist's sich zu schenken einer Idee. Und das ist das Erhabene am wahren Proletariat, daß es sich mit seiner ganzen Seele einem Gedanken hingibt, daß seine Unbequemlichkeiten und materiellen Gaben nicht Opfer sind, sondern Freuden, daß es einem Gedanken lebt, dem größten Menschengedanken, dem Gedanken eines allgemeinen Weltbrudertums. Das Glück der Menschheit ist das Glück des Ich. Daß das Gefühl in Abertausenden vorhanden ist, beweist das herrliche Wachen der Welt, der unaussprechliche Sieg einer edleren Zukunft.

müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 v. H. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 v. H. Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 v. H. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Die Umschulung.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände der Bau- und Baunebenberufe haben sich eingehend mit der Frage der Umschulung von ungelerten Arbeitern zu Facharbeitern beschäftigt und dem Reichsarbeitsministerium nachstehende Richtlinien unterbreitet:

Berlin, den 20. Oktober 1921.

An den Herrn Reichsarbeitsminister, Berlin.

Betrifft:

Mafnahme zur Behebung des Bauarbeitermangels.
Das Zusammenwirken einer Reihe von Umständen hat einen in einigen Teilen Deutschlands beträchtlichen Mangel an Bauhandwerkern, vor allem an Maurern und Zimmerern, verursacht, der behoben werden muß, um die Erfüllung von Wohnungen zu sichern und die Weibung der von der Bauindustrie abhängigen Industrien und Gewerbe zu erreichen. Die Verbände der Bauarbeiter sind bereit, alle wirklich zweckdienlichen Maßnahmen zur Behebung des Bauarbeitermangels zu unterstützen und zu fördern. Voraussetzung eines Erfolges ist, daß alle Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit den Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen werden.

Wichtigste als die Zurückgewinnung ehemaliger Bauarbeiter oder die Umschulung von Bauhilfsarbeitern und zugleich Vorbedingung für den Erfolg dieser Bestrebungen ist:

1. planmäßigere Verteilung der Bauarbeiten zur Vermeidung der periodischen Arbeitslosigkeit in den Baugewerben,
2. Sicherung genügend hoher Löhne,
3. zeitgemäßer Ausbau aller Einrichtungen zur Heranbildung eines genügenden gewerbetüchtigen Nachwuchses.

Die vorhandenen Arbeitskräfte müssen durch eine bessere Verteilung der Arbeiten davor bewahrt werden, daß sie in den Herbst- und Wintermonaten brachliegen und durch Arbeitslosigkeit zur Umwanderung in andere Industrien veranlaßt werden. Dieses Ziel, eine regelmäßige Beschäftigung der Bauarbeiter, läßt sich durch Zusammenwirken der interessierten Kreise erreichen. Die Bauverbände, insbesondere die bezugsfähigen oder solche aus öffentlichen Mitteln (Reich, Länder, Gemeinden) müssen durch geeignete Befristung planmäßiger verteilt werden. Die sich heute endlos hinziehenden Vorarbeiten für die Bauverbände in den beherrschenden Bauämtern müssen beschleunigt werden, um zu vermeiden, daß bei öffentlichen Bauten nach endlosem Warten auf Ausführungsgenehmigung die Arbeiten selbst übermäßig schnell erstellt werden müssen, ohne die Möglichkeit zur geeigneten Arbeitsverteilung zu lassen. Die Vergabe der Baukostenzuschüsse muß darauf gesehen, daß ein geregeltes Arbeiten möglich ist. Reparaturen und Innenarbeiten müssen soweit als möglich in die für den Außenbau ungeeignete Zeit verlegt werden.

Gründlich läßt sich die notwendige Steigerung der Arbeitskräfte nur durch vermehrte Lehrlingshaltung und Hebung des Lehrganges erreichen. Zu diesem Zweck müssen die Semungen, die heute einen stärkeren Zustrom von Lehrlingen unmöglich machen, beseitigt werden. Die lächerlich geringen gebliebenen Entschädigungen an die Lehrlinge in einem Gewerbe, das besonders große Aufwendungen für Arbeitskleidung, Fahrgehalt, Werkzeug, Wertschätzung und dergleichen erfordert, müssen wesentlich erhöht werden. Das Lehrverhältnis muß von den veralteten und einseitigen Bestimmungen der Innungen freigelegt und Wegfall der gemeinsamen tarifvertraglichen Regelung und Beschäftigung durch die Berufsorganisationen der Arbeiter und der Unternehmer werden. Betriebe, die nach Art und Umfang besonders zur Ausbildung von Lehrlingen geeignet sind, müssen, wenn erforderlich, zwangsweise zur Lehrlingsausbildung angehalten werden.

Die Zurückgewinnung von gelernten Bauarbeitern, die in anderen Industrien Arbeit gefunden haben, kann sich nur dann durchführen, wenn diese Arbeiter erwarten können, mindestens gleich gute Bedingungen wie in ihrer jetzigen Beschäftigung vorzufinden. Heute steht dem noch die begründete Sorge entgegen, daß die zurzeit drängende Arbeit nur eine infolge mangelhafter Disposition und Arbeitsverteilung sprunghaft einsetzende Konjunktur mit darauffolgender langer Arbeitslosigkeit ist. Dazu sind heute die Löhne, vor allem in Anbetracht der Sonderheit und des Saisoncharakters der Bauindustrie, völlig ungenügend. Läßt sich durch Verteilung der jetzt bestehenden Hemmnisse ein größerer Anreiz ausüben, so wird ein erheblicher Teil ehemaliger Bauarbeiter zurückgewonnen sein. Zwangsmittel sollen und können bei der Durchführung nicht angewendet werden.

Durch die Umschulung von Bauhilfsarbeitern ließe sich in gewissen Grenzen ein, wenn auch wahrscheinlich fachlich ungenügender, Ausgleich für die nächste Zukunft finden. Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Umschulung ist, daß für die bezugsfähigen Maßnahmen angemessene gültige Richtlinien und Grundzüge von Arbeit- und Unternehmerorganisationen der Baugewerbe ge-

meinsam mit dem Reichsarbeitsministerium vereinbart werden. Gelingt es nicht, die Umschulung auf eine festumrissene Basis zu stellen, so würde man über gelegentliche geringe lokale Erfolge nicht hinauskommen. Ohne eine bestimmte Verpflichtung würden Umschulende sicher nur in ganz wenigen Fällen unterzubringen sein. Sollen die Maßnahmen den Baugewerben wirklich gelernter Arbeiter in größerem Maße zuführen, so ist eine Verpflichtung zur Einstellung bei Zuschlag von öffentlichen Bauaufträgen nicht zu umgehen. Wir schlagen daher folgende Richtlinien vor:

1. Träger der Umschulung sind die Berufsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer in den Baugewerben, die für die einzelnen Länder oder Landesteile mit entsprechender Unterleitung paritätische Umschulungsausschüsse unter Leitung von durch den Reichsarbeitsminister zu bestimmenden unparteiischen Vorsitzenden bilden.

2. Örtlich werden paritätische Ausschüsse gebildet, denen die Durchführung und Überwachung aller Maßnahmen und die Prüfung der Umschulenden obliegt. Die Kosten der bezugsfähigen und der örtlichen Ausschüsse trägt „die produktive Erwerbslosenfürsorge“.

3. Zur Umschulung sind Bauhilfsarbeiter, Ofenfecker, Bauzweimer oder sonstige Arbeiter aus verwandten Berufen im Alter von 18 bis 25 Jahren zuzulassen. Um die Eignung der Umschulenden festzustellen, hat der örtliche Ausschuß nach Ablauf der ersten 6 Wochen eine Zwischenprüfung vorzunehmen, von deren Ergebnis Fortsetzung oder Abbruch der Umschulung abhängig zu machen ist. Es ist ein vom örtlichen Ausschuß gegengezeichneter Vertrag zwischen der Firma und dem Umschulenden abzuschließen.

4. Die Umschulungszeit wird allgemein auf 1 Jahr (12 Monate) festgesetzt, sofern nicht für ein Gewerbe in Anbetracht besonderer fachlicher Schwierigkeiten eine längere Lehrzeit vereinbart wird.

5. Während der Umschulungszeit ist dem Umschulenden vom Unternehmer der tarifliche Lohn eines Hilfsarbeiters des betreffenden Gewerbes zu garantieren.

6. Der an den Unternehmer zu zahlende Reichszuschuß von 1600 M für die ein Jahr betragende Umschulungszeit wird in Raten gezahlt. Die erste Rate wird erst gezahlt, nachdem die in § 3 vorgesehene Zwischenprüfung erfolgt ist. Der Zuschuß beträgt im ersten Vierteljahr 800 M, im zweiten Vierteljahr 400 M, im dritten und vierten Vierteljahr je 200 M.

7. Soweit sich Reichs-, Staats- und Gemeindefiskus zur Durchführung der Umschulung eignen, sind die Uebernehmer solcher Bauten zu verpflichten, eine geeignete Anzahl Umschulender zu übernehmen.

8. Wo sich „soziale Baubetriebe“ zur Umschulung bereitfinden sind diese vor allen übrigen Betrieben zu bevorzugen.

9. Die Umschulung soll so beschleunigt werden, daß sie mit dem Ende des Jahres 1923 abgeschlossen ist.

Um eine schnelle Durchführung der Maßnahmen zu erreichen und um einzelne örtliche oder bezirksliche Teilsaktionen, die zu einer Mißbräutig der Maßnahmen und damit zu ihrer Gefährdung führen könnten, zu vermeiden, halten wir schnelle Beratungen der beteiligten Organisationen für dringend notwendig. Wir bitten das Reichsarbeitsamt, solche Beratungen veranlassen zu wollen.

Für die Arbeitnehmerverbände der Bau- und Baunebenberufe: (Unterschrift).
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: (Unterschrift).

Der Mangel an gelernten Bauarbeitern läßt sich nur dann beheben, wenn die beteiligten Kreise entschlossen sind, gemeinsam alle notwendigen Schritte zu tun, wie solche in der obigen Eingabe zusammengestellt sind. Würden die Unternehmer hierfür weiter kampflos an ihrem Lehrlingsprivileg festhalten wollen, anstatt endlich zu begreifen, daß nur eine großartige Veränderung der Lehrlingsfrage in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften den gewerblichen Nachwuchs sichern kann, so wäre die bestehende und sich verschärfende Katastrophe ebenso wenig zu beheben als wenn die Arbeiter etwa der Umschulung Hindernisse bereiten wollten. Arbeiter und Unternehmer müssen um unserer Wirtschaft willen Versätze leisten auf ein egoistisches Festhalten an einer Marktposition, die anscheinend vorübergehend die bestehende Knappheit einem engumgrenzten Kreis bieten könnte.

Der Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe.

Die Tatsache, daß im Baugewerbe nicht genügend Facharbeiter vorhanden sind, hat die verantwortlichen Körperschaften veranlaßt, Mittel ausfindig zu machen, um den gelernten Berufen des Baugewerbes neue Kräfte zuzuführen. Das Fehlen von Facharbeitern im Baugewerbe ist keine vorübergehende Erscheinung. Es wird sich in größerem Maße geltend machen, wenn aus privater Seite die Bautätigkeit in verstärktem Umfang einsehen wird. Die kommenden Jahre werden zeigen, daß hier nur den gewöhnlichen Mitteln nicht auszukommen ist, sondern daß man außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen muß, um der Lage Herr zu werden. Die Bauarbeiter und ihre Gewerkschaften haben ein größeres Interesse an der möglichst reibungslosen Lösung dieser Frage als die Körperschaften im Reich und im Staat. Unserem Verband kann es nicht einerlei sein, auf welche Art sich der Bauunternehmer und die Bauauftraggeber gelernter Bauarbeiter verschaffen. Wir haben die Pflicht, hier tatkräftig einzugreifen und dürfen uns das Hoff nicht in der Hand nehmen lassen. Schon gehen große industrielle Werke dazu über, die gelernten Bauarbeiter durch ungelernete Fabrikarbeiter zu ersetzen. „Schon heute ziehen die industriellen Unternehmungen, die bezugslos nach gelernten Bauarbeitern suchen, Leute aus dem eigenen Werk zu Neigebauten heran. Eine solche Uebernahme auf der Dauer für das selbständige Bauhandwerk verhängnisvoll werden“, heißt es in einem Bericht aus dem Landesarbeitsamt Westfalen. Wir müssen also rechtzeitig Wandel schaffen.

Von allein in Betracht kommenden Kreisen ist die Ueberführung von Hilfsarbeitern in die gelernten Berufe

für die Zeit des Uebergangs am geeignetsten angesehen worden. Um diese Ueberführung nicht dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, hat der Verbandsvorsitzende die in Nr. 43 des „Grundstein“ veröffentlichten Richtlinien zur Umschulung aufgestellt. Vom Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe sind auch Grundzüge zur Umschulung aufgestellt worden, die als Unterlage für die weiteren Beratungen im Fachauschuß des Landesarbeitsamtes dienen sollen. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Die Bereitwilligkeit zur Umschulung vorausgesetzt, kommen für die Umschulung nur solche Personen in Frage, die das 17. Lebensjahr vollendet, tunlichst aber das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die Ausbildung soll für Zimmerer in der Regel 2 Jahre, im übrigen 1½ Jahre = 2 Bau Sommer betragen. Wo eine besondere Vorbildung vorhanden ist (zum Beispiel Bauhilfsarbeiter zu Maurern), kann die Ausbildungszeit bis auf 1 Jahr herabgesetzt werden. Wichtig ist in diesem Entwurf, daß neben Unternehmern auch gemeinnützige Bauvereinigungen oder soziale Baubetriebe zu den Umschulbetrieben gerechnet werden. Eine Stellenprüfung ist, wenn irgend möglich, abzulegen. Der Lohn des Umschulers soll ungefähr dem Tariflohn der Bauhilfsarbeiter entsprechen. Der Ausbildungsvertrag wird in den Grundrissen geregelt. Die Berechnung und Berechnung der Entschädigungsgelder wird außerdem behandelt. Als Träger der Umschulungen ist ein paritätisch zusammengesetzter örtlicher Umschulungsausschuß vorgesehen, der aus mindestens drei unbeteiligten Unternehmern und Arbeitern des Baugewerbes und einem Gemeindebeamten als unparteiischem Vorsitzenden besteht. Der Umschulungsausschuß hat die Aufgabe, die vorerwähnten Grundzüge durchzuführen. Als höhere Instanz ist ein Landesumschulungsausschuß gedacht. Als solcher gilt der Fachauschuß für das Baugewerbe beim Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe. Der Landesumschulungsausschuß überwacht die Tätigkeit der örtlichen Umschulungsausschüsse und genehmigt den Abschluß der Ausbildungsverträge.

Grundsätzlich deckt sich dieser Vorschlag mit dem von unserm Verbandsvorstand ausgearbeiteten Entwurf. Kein gelernter Bauarbeiter braucht zu befürchten, daß damit die so sehr gefürchteten Lohnbrüder herangezogen werden. Es gilt, in den nächsten Jahren Wohnungen in so großer Zahl zu schaffen, daß diese Aufgabe mit den vorhandenen Facharbeitern nicht zu bewältigen ist. Geben wir also unsern ungelerten Kollegen die Möglichkeit, nach einem Beruf zu erlernen, wenn sie auch nicht mehr den jüngsten Jahrgängen angehören. Tun wir das, dann haben wir einen Nachwuchs im Baugewerbe, der schon eine harte Schule hinter sich hat und jederzeit bereit ist, seinen Mann im wirtschaftlichen Kampf zu stellen. Der Umschulung stehen ohnedies noch viele Hindernisse im Wege. Sie werden behoben, wenn mit der nötigen Energie und dem richtigen Verständnis an diese Frage herangegangen wird. Hugo Scheibel.

Kommunistische Zellenbauer.

In einem Oktober-Rundschreiben der Kommunistischen Partei, Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Bauindustrie, werden die kommunistischen Fraktionen in den baugewerblichen Verbänden aufgefordert, tätiger als bisher für die kommunistische Partei zu wirken und über Weltand und Tätigkeit der Gewerkschaften sowohl wie der „Fraktionen“ zu berichten. Insbesondere sollen die Mitglieder der kommunistischen Partei nach folgenden Richtlinien in den Gewerkschaften arbeiten:

Richtlinien für die Arbeit in den Gewerkschaften. Der Parteitag in Jena hat, unter Zustimmung der Konferenz der kommunistischen Gewerkschaften, Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften herausgegeben, nach denen wir uns bedingt zu arbeiten haben. Jeder Genosse ist verpflichtet, sich diese Richtlinien unbedingt zu beschaffen (abgedruckt im „Kommunistischen Genossenschaftler“ Nr. 34 und im „Grundstein“ Nr. 38) und sie gründlich zu studieren.

Bezirkskonferenzen. Nach den Richtlinien müssen die örtlichen Fraktionen bezirksweise zusammengeschlossen werden. Es empfiehlt sich deshalb für die einzelnen Bezirke, für die kommunistischen Bauarbeiter Bezirkskonferenzen aller Berufe abzuhalten, den organisatorischen Aufbau zu besprechen und festzulegen. Es muß deshalb ein Antrag beim Bezirksvorstand eingereicht werden. Die Kosten für die Delegation müssen von den Fraktionen getragen werden. Im äußersten Notfalle kann vor Stattfinden der Konferenz die Verzahnung des Fahrgeldes bei uns beantragt werden.

Kampffonds. Entsprechend den Beschlüssen des Internationalen Notens Gewerkschaftskongresses ist ein Kampffonds geschaffen worden. In diesen Tagen kommen Marken a 1 und 2 M an die Bezirkssekretariate zur Verwendung und sind von dort anzufordern.

Wir eruchen unsere Genossen, den Betrieb dieser Internationalen Kampffondsmarken recht rege vorzunehmen, um so mehr, da 10 % von diesem Fonds in den Händen der Fraktionen bleiben, die dadurch in die Lage kommen, Konferenzdelegationen zu finanzieren, Versammlungskosten zu tragen usw.

Lohnbewegungen. Die durch die Steuerungsstelle und die weitere Verelendung des Proletariats hervorgerufenen Lohnforderungen unserer Kollegen im Reich haben trotz geführter Kämpfe und Abwehr von Ausprägungen nicht eine Lohnerhöhung gebracht, mit der unsere Kollegen der Bauindustriegruppe Bauindustrie zufrieden sein könnten. Der Mißerfolg der Lohnkämpfe liegt zwar in der allgemeinen Lage der Arbeiterklasse begründet, trotzdem muß aber unersetzlich alles versucht werden, die Kämpfe, die sich in den nächsten Monaten noch verschärfen werden, so feigen, um sie damit wenigstens etwas erfolgreicher zu gestalten. Dazu ist vor allem nötig, daß sich unsere Genossen, wo das noch nicht geschehen ist, in unserer Industrie- und Bauindustrie-Gruppe abzusprechen. Der Bundstag. Es wird notwendig sein, daß die im Frühjahr stattfindende Verbandstag der Bauarbeiter und Zimmerer von uns als Fraktion beeinflusst werden. Als

erste Arbeit kommt in Frage, daß die Fraktionen und Vertrauensleute, die Anträge, die sie zu stellen gedenken, besprechen und an uns einbringen. Auch Anregungen genügen schon. Wir werden dann die Anträge sichten, die Anregungen zu Anträgen verarbeiten und dann den Genossen einbringen. Die Anträge müssen jedoch in den Ortsberichten für den Verbandstag eingebracht werden. Später werden wir weitere Anregungen für die Verbandstage geben und zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen."

Gezeichnet ist das Rundschreiben von dem bekannten Otto Bachmann.

Die Fraktionsbildung soll also nach wie vor mit Eifer betrieben werden. Demgegenüber sei mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß jedermann, ganz gleich, wo er steht, der sich an der Bildung von Fraktionen und an ihren Zusammenkünften beteiligt, aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ohne weiteres ausgeschlossen ist. Wenn Bachmann und Genossen glauben sollten, sie könnten unseren Verbandstag durch eine Flut kommunistischer Anträge stören, dann dürften sie sich schwer geirrt haben.

Dreizehnter Syndikalistentkongreß.

Der dreizehnte Syndikalistentkongreß hat seine siebenhägigen Verhandlungen abgebrochen. Abgeschlossen darf man nicht sagen; denn trotz des zu der vorgesehene Verhandlungsdauer zugelegten siebten Tages ist nur ein Bruchteil der Tagesordnung richtig erledigt worden. Die wichtigste Frage der Arbeitsämter (Gewerkschaftsartikel) wurde einer für Dezember einzuuberufenden Arbeitsämterkonferenz, die Fragen der Frauen und Jugendlichen wurden den Konferenzen dieser Gruppen überwiesen, und selbst die für die Syndikalisten brennende Frage der Beteiligung an gesetzlichen Betriebsräten wurde nur angedeutet, um an die Berufsbildungen abzugeben, weil sich die Unmöglichkeit herausstellte, sie am letzten Sitzungstage zu erledigen.

Die eigentliche Arbeit des Kongresses drängte sich überhaupt auf den letzten Sitzungstag zusammen, wo im Galopp tempo die wichtigsten Anträge in der Abstimmungsphase bearbeitet wurden. Die 6 Tage vorher hat man nur zur Aussprache über den Geschäftsbericht verhandelt, eigentlich nicht einmal dazu; denn es wurde nicht der Bericht besprochen, sondern nur ein wider den Punkt persönlich geschäftiger Art geführt, der schließlich den alten Rudolf Moller, den bedeutendsten Kopf in diesem Lager, zur Verzweiflung brachte. Inverblümt erklärte er den Herrschaften, daß er es fast habe, sich durch ihre eitelstehenden Qualifizierungen die Lust an seiner Lebensarbeit vergällen zu lassen. Hier sei nichts von revolutionärem Idealismus vorhanden, sondern nur kleinlicher Egoismus und dumme Selbstüberhebung. Entrüstet warf Moller wie zurück und konnte nur mit Mühe von seinen Freunden zurückgehalten werden. In seinem Schlusswort bemerkte Fritz Moller, die Unzulänglichkeit der dreizehnten Kongreß beherrschte zu haben und keiner widersprach ihm.

Schon in seinem Geschäftsbericht mühte Moller ein recht kritisches Bild vom Stand der Bewegung malen. Der Niedergang der Mitglieder seit dem zwölften Kongreß sei noch zu bemängeln; denn damit habe man nur recht zweifelhafte Kampfergebnisse verloren. Unangenehmer sei es, daß noch so viele Mitglieder vorhanden seien, die von gewerkschaftlichem und syndikalistischem Geist ihren Hauch verspürten. Nach dem Geschäftsbericht scheint es besonders in einigen Gebieten Rheinlands-Westfalens recht forderbare Syndikalisten zu geben. Einzelne Ortsgruppen haben in ihrer Feindschaft gegen „zentralistische Bureaucratie“ nicht nur die Mitgliedschaft abgelehnt, sondern auch alle Beitragswesen. In stolzer Unabhängigkeit von aller gewerkschaftlichen Tradition nehmen sie zwar in Streikfällen die Solidaritätsgelder der übrigen Vereine an, ihr Selbstbestimmungsrecht läßt es aber nicht zu, ihrerseits an andere zu zahlen. Ganz weitere Klage, daß die Bewegung jetzt durch alle möglichen Spintifizierer und Eigenbröder überflutet worden sei, wurde durch die Zusammenkunft des Kongresses bestätigt. Da saßen in hallenden Rufen und merkwürdigen Kostümen, die an „gustav nagel“ erinnerten, jene sonderbaren Sekte, die sich Individualanarchisten, Stellungskommunisten und noch anders nennen. Sie sprachen auch und vertraten eine Art mystischen Kofferdeals: Keine Agitation in der Masse! Die Masse ist unerschütterbar! Sammelt wenige sorgfältig gepöhlte Ausgewählte, die nur durch das Beispiel wirken! Dann waren da mit ihren Anhängern Decker und Co. h n von den kommunistischen Anarchisten, und alle diese Gruppen arbeiteten in der Opposition gegen die angebliche Diktatur der Geschäftskommission mit einem Heer von Verticern und Düsseldorfern, die nach dem Muster der kommunistischen Zellenbildung vorgingen.

Die Leute von der Geschäftskommission hatten gerade in Düsseldorf als Kongreßort einen schweren Stand; denn hier leitet Franz Köster, ein sonstiger alter Herr, die erste syndikalistische Tageszeitung dem Abend zu, indem er dort allen persönlichen Angriffen gegen die Berliner offizielle Zeitung bereitwillig Raum gewährt und die Berliner Opposition säugt. Er beteiligte sich auch am sechsundzwanzigsten der Oppositionsredner und brachte neben kindlichem Zeug vor allem den Hauptangriff gegen die Geschäftskommission und Neaktion des Unionsorgans vor, daß sie durch ihre Ablehnung der Gewaltanwendung die Kommunisten verärgert und ihm so die Agitation unter den Angehörigen der roten Armee erschwert habe. Es wurde von Moller und andern wiederum nicht ganz klar erläutert, auf wen es sich bezog, wenn sie sagten, daß die kommunistischen Gewalttäter schon mitten im Syndikalismus ständen, und daß der rollende Hubel Sowjet-Rußlands auch hier seine Wirkungen zeige. Franz Köster (Chelus) ist jedenfalls seit dem diesjährigen Kongreß der neue Redakteur des obligatorischen Organs „Der Syndikalist“. Er ist dazu nicht von einer Mehrheit gewählt worden, sondern hat den Posten gewissermaßen in der Lotterie gewonnen. Er und sein Vorgänger Wintler erhielten die gleiche Stimmenzahl, und bei der Auslosung der beiden Namen zog eine Delegierte den Namen „Köster“ aus dem Hüchul. Die erwartete Ablehnung einer solchen „Wahl“ blieb aus. Köster läßt seine Düsseldorfener „Erschöpfung“ im Stich und

geht nach Berlin, um den früheren Redakteur Wintler zu ersetzen, der als neugewählter Obmann der Preßkommission ihm auf die Finger guckt. Köster war der einzige Erfolg der Opposition. Die übrigen Oppositionskandidaten fielen durch und der Vorsitzende Kater und der Kassierer Paffner wurden sogar einstimmig wiedergewählt.

Die volle für den Kongreß vorgesehene Tagesordnungzeit war zur Debatte über den Geschäftsbericht aufgebracht worden. Zwischendurch gewissermaßen schilderten Vertreter der syndikalistischen Organisationen Schwedens, Hollands, Indiens und Amerikas (Industrial Workers of the World) die Verhältnisse ihrer Organisationen, um im Anschluß daran eine Abgabe an die Moskauer Internationale zu richten und die Gründung einer von Moskau unabhängigen syndikalistischen Internationale anzugehen. Die Vorbereitungen dazu wurden außerhalb des Kongresses getroffen, und der Kongreß stimmte dem Plan zu durch die Annahme einer Entschließung, wonach demnächst ein internationaler Syndikalistentkongreß in Deutschland stattfinden soll. Die italienischen Syndikalisten haben schon eine Zustimmungserklärung gesandt. Moller aus Frankreich war schon als Gast angefangen, wurde aber im letzten Augenblick durch Erkrankung am Erscheinen verhindert.

Am letzten Sitzungstag wurde nach einer Begründung durch Rudolf Moller einstimmig eine Verurteilung der syndikalistischen Prinzipienklärung dahin beschlossen, daß a) Zukunft kein Mitglied der Organisation einer politischen Partei angehören darf. Der Antrag richtet sich in erster Linie gegen die Mitglieder der KPD und KAPD. Ein Berliner Antrag, auch die Zugehörigkeit einer Staatskirche als unvereinbar mit der Mitgliedschaft zu erklären, wurde abgelehnt. Kater erklärte dazu, der Syndikalismus bekämpfe selbstverständlich die Staatskirche. Dieser Kampf könne aber nur den praktischen Erfolg haben, wenn man zunächst die Kirchenangehörigen als Mitglieder aufnehme, um sie in der Organisation zu erziehen. Einstimmig wurde ein weiterer Antrag angenommen, der die Einleitung des schärfsten Kampfes gegen die geplante Schlichtungsordnung verlangte. Eine Resolution Winderhoff, Düsseldorf, die jede Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsräten als unfundamentalistisch verurteilt, fand zwar in der Theorie viel Zustimmung, wurde aber praktisch abgelehnt, weil man sagte, daß gerade in Rheinland-Westfalen viele syndikalistische Funktionäre den durch Mitgliedschaft geschaffenen Betriebsräten angehören. Die Sache wurde schließlich an die Konferenzen der Berufsbildungen abgegeben. Bei der Verurteilung der Organisationsgründung wurde übrigens die Geschäftskommission der Berliner Arbeiterbörse entzogen. Die hat nämlich im letzten Jahre Kater und die übrigen mit ganzen 300 M. Monatsgehalt abweist. Der nächste Kongreß soll 1922 in Erfurt stattfinden.

Gegen Privatisierung der Eisenbahnen und Wasserstraßen.

Der Hauptbetriebsrat der Wasserstraßenabteilung im Reichsverkehrsministerium hat in seiner Sitzung vom 15. bis zum 18. November zu der Privatisierung der Eisenbahnen und der deutschen Wasserstraßen Stellung genommen. Alle Redner waren sich über darin einig: die Verkehrsunternehmen müssen unbedingt im Besitz des Reiches bleiben. Mit aller Entschiedenheit muß es abgelehnt werden, die deutschen Wasserstraßen dem Privatkapital auszuliefern, wie es schon bei der Kanalisierung des Neckars und des Maines geschehen ist; denn das Privatkapital legt sein Geld nur da an, wo es Profit herausholen kann. Auch das Reich kann durch Umgestaltung der Verwaltung, und des Betriebes den größten Nutzen für die Allgemeinheit herauswirtschaften. Es sei hier nur an die Ausbarmachung der Wasserkräfte erinnert. Bei der sich steigernden Kohlennot muß auch daran gedacht werden, die Eisenbahnen immer mehr und mehr zu elektrifizieren. Um die hierfür erforderliche elektrische Kraft möglichst billig zu erhalten, ist es unbedingt erforderlich, die vorhandenen und noch zu erschließenden Wasserkräfte richtig auszunutzen. Schon allein herdurch und in Verbindung mit wirtschaftlicher, technischer und kaufmännischer Umstellung wäre die Rentabilität dieser Betriebe zu heben.

Gibt das Reich die Verkehrsbetriebe aus der Hand der Allgemeinheit in die Hände einiger Industrieller, so verliert es ein seiner größten Machtmittel, die Privatkapitalisten hätten damit den Staat an der Gurgel. In diesem Sinne haben der Hauptbetriebsrat der Wasserstraßenabteilung im Reichsverkehrsministerium sowie die Vertreter des Fachverbandes der Wasserbaubediensteten (B. d. S.), des Deutschen Transportarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Geiger und Maschinisten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes deutscher Bauarbeiter Deutschlands der Verurteilung am 17. November folgende Entschließung überreicht:

„Die fünfte Vollziehung des Hauptbetriebsrates der Wasserstraßenabteilung im Reichsverkehrsministerium erhebt Einspruch gegen die teils erfolgte und weiter etwa beabsichtigte Privatisierung der deutschen Wasserstraßen und Häfen ebenso gegen die Privatisierung der an Wasserstraßen bestehenden und zu errichtenden Strassenanlagen.

Der Hauptbetriebsrat steht auf dem Standpunkt, daß durch die den Zeitverhältnissen entsprechende Umgestaltung der Verwaltung und des Betriebes der Wasserstraßen usw. nach modernen, technischen und kaufmännischen Gesichtspunkten diese Betriebe auf eine mindestens gleiche Höhe gebracht werden können, auf der Betriebe der Privatunternehmungen sich befinden, so daß sie in größtem Maße zur wirtschaftlichen Gewinnung des Reiches und damit der Allgemeinheit die Grundlage bilden.

Er betont mit allem Nachdruck, daß er allen Bestrebungen, vorgenannte Anlagen in Privat Hände überzuleiten, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird.“

Steuerforderungen der Gewerkschaften.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben in ihrer Beratung am 15. November beschlossen, von der Reichsregierung zu fordern, unverzüglich gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um das Finanzengeld des Reiches zu beheben. Reichstag und Reichsregierung werden aufgefordert, zur beschleunigten Beschlußfassung über folgende gewerkschaftliche Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 % ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragsanteile der Veränderung des Geldwertes angepasst sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Produktivität des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exporterlöse durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzugeben. Weibst diese Zahlung ist zu einer Grenze von 25 % hinter ihre Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentcheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 % Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgelassen, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 % zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Schärfe Besteuerung der durch Devisen- und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Ferientage.

In Zwickau hat das Kartell auf Antrag einiger Kollegen entschieden, daß Ferien nach dem Beschluß des Hauptkartells zu gewähren sind. Die Unternehmer weigerten sich aber trotzdem, darum mußten wir andere Maßnahmen ergreifen. Die Ferienberechtigten haben bei einigen Unternehmern diesen durch ein gemeinsames Schreiben zu erkennen, daß sie sich vom 14. November an selbst die Ferien nehmen würden, wenn die betreffenden Unternehmer einer gültigen Vereinbarung aus dem Wege gingen. Bei Verweigerung der Entschädigung sollte eine besondere Lohnforderung gestellt werden. Die Zimmerer handelten ebenso. Die Unternehmer hielten darauf am 12. November eine außerordentliche Generalversammlung ab und sandten uns danach folgendes Schreiben:

Wzüglich der Ferienfrage teilen wir Ihnen folgendes mit: Nachdem unser Bezirksverband uns mitgeteilt hat, daß Ferien gewährt werden können, hat unsere heutige außerordentliche Generalversammlung einstimmig beschlossen, Ferien zu gewähren, zunächst nach dem vom Hauptkartell festgelegten Richtlinien, bis neue mit den Gewerkschaften vereinbart worden sind.

Inzwischen haben bereits eine Anzahl Kollegen ihre Ferien genommen.

Die Bauarbeiterjugend im Eölnner Bezirksverein.

Am 9. Oktober ist für das Eölnner Vereinsgebiet eine Jugendabteilung gegründet worden. Aus den Reihen der Jugendlichen nahmen nur 10 Kollegen an der Gründungsversammlung teil. War dieser geringe Besuch auch nicht gerade ermunternd, so ist doch der Eindruck nicht zu verwischen, der aus den leuchtenden Augen und der wohlwollenden Aufmerksamkeit der jungen Kollegen auf uns paar älteren Kollegen, die wir an der Versammlung teilnahmen, wertete und uns ein inneres Erleben war. Wir verspürten den seelischen Zusammenklang, der aus den warmherzig und überzeugend vorgetragenen Einleitungsworten unserer Kollegen Endlein zu den Herzen der jungen Leute hinüberströmte zu gegenseitigen Verlehen. Freiwillig stellten sich die jungen Kollegen an die Spitze der neuen Abteilung und versprachen, freudig und nach besten Kräften an dem Ausbau der Jugendabteilung mitarbeiten zu wollen. Der Jugendkollege Hubert Fritzen, dem die Versammlung das Amt des ersten Vorsitzenden übertragen, wird die Abteilung auch im Bezirksvereinsauschuß vertreten. Die von der Abteilung geleitete sorgfältig vorbereitete zweite Versammlung erfreute sich der Teilnahme von 15 jugendlichen Kollegen. Auch diese Versammlung nahm einen guten Verlauf und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Eine dritte Versammlung sollte ohne Weisheit älterer Kollegen tagen. Kollege Fritzen fand sich bereit, eine Abhandlung aus der „Arbeiterjugend“ vorzutragen, eine Aussprache sollte sich daran anschließen. Obwohl durch Zeitungsanzeige bekanntgemacht, war die Versammlung doch nur so schwach besetzt, daß unsere jungen Kollegen es vorzogen, sie ausfallen zu lassen. Als die Abteilungssitzung uns diesen Mißerfolg am Anders Tage berichtete, war das auch für uns eine Enttäuschung.

machen, und die Gemeinden, obwohl fast bei jedem Hochwasser mit einer geschnittenen Ueberflutung erdrückt, in ihrer zentrumschließlichen Wehrkraft zu leidendem sind, die Regierung zur Vereinfachung der nötigen Mittel zu veranlassen, so besteht vorerst keine Aussicht auf weitere Tiefbauarbeiten. Unsere Kollegen im Reichsthal sehen deshalb in diesem Winter der Arbeitslosigkeit mit Bangen entgegen. Reich, Staat und Gemeinden zahlen ihren arbeitslosen Bürgern lieber die unzulängliche Erwerbslosenunterstützung, als daß sie ihnen durch werkschaffende, bringliche und nützliche Arbeit, die der Allgemeinheit dient, Verdienstsituation geben.

Karlsruhe. (Vertreterwahl zur Innungs-Krankenkasse.) In der Reichsstadt, wo trotz allem noch Mühsal und Hing stehen, nur nicht für die Arbeiter und Angestellten, hatten die Bauarbeiter am 4. November ihre Vertreter in den Ausschuss der Innungskrankenkasse des Baugewerkes wählen. Zum ersten Male beteiligten sich die hier bestehenden Organisationen, Deutscher Bauarbeiterverband, Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und der christliche Bauarbeiterverband, an der Wahl. Die Zimmerer und wir stellten eine gemeinschaftliche, die Christlichen eine besondere Liste auf. Die früheren Vertreter waren bis auf einen bei der Aufstellung der Wählerlisten unorganisiert. Von unserer Organisationsleitung wurde ganz besonders Wert darauf gelegt, daß die Christlichen und die freien Gewerkschaften getrennte Wahlvorstände aufstellten. Die christliche Organisation war sehr tätig, um den freien Gewerkschaften eine Schlappe beibringen. Ein Flugblatt nebst Stimmzettel wurde nicht allein jedem christlich organisierten Bauarbeiter zugestellt, sondern man hielt dies auch bei unsern Kollegen für notwendig. Unsere Organisation gab am Vorabend des Wahltages ein Flugblatt heraus, das auf allen Poststellen verteilt wurde. Die Stimmzettel wurden jedoch erst am Wahltage vor dem Wahllokal abgegeben. Die christliche Organisation hatte auf ihrem Wahlvorschlagnamen 12 Poliere und 2 Vorarbeiter als Kandidaten glänzen. Sie glaubte wohl, das könnte unsere Kollegen verleiten, diesen Kandidaten ihre Stimme zu geben. In diesem Falle muß das Wahlergebnis die Christlichen schwer enttäuscht haben. Von den 646 wahlberechtigten Versicherten wählten 355 ihr Wahlrecht aus. Jedemfalls ist die Beteiligung auf unser Flugblatt zurückzuführen. Von diesen 355 Wahlberechtigten haben für die von uns aufgestellte Liste 237, für die christliche nur 117 gestimmt. Ein Stimmzettel, der die Bemerkung hatte: „Ich wähle keine Poliere“, war ungenügend. Wir bekommen dadurch in dem engeren Vorstand 6 Sitze, die christlichen 2 Sitze. Unsere Kollegen können mit diesem Siege zufrieden sein. Nun gilt es aber unter Aufsicht aller Kräfte, unermüdet tätig zu sein, damit die Krankenkasse auch zum Wohle der Versicherten verwaltet wird. Sie darf in Zukunft nicht mehr ein Privileg der Herren Unternehmer sein, sondern muß den berechtigten und gesetzlichen Ansprüchen der Versicherten Rechnung tragen.

Mannheim-Ludwigschafen. Wie wir einem kurz vor dem Erscheinen dieser Nummer eingegangenen Bericht entnehmen, ist im Laufe des Monats November mehrfach mit dem Arbeitgeberverband um eine den Verhältnissen entsprechende Lohnreduzierung verhandelt worden. Die Unternehmer zeigten jedoch wenig oder gar kein Entgegenkommen. Auch am 23. November um Schlichtungsausschuss gefällter Schiedsspruch war ungenügend. Infolge dessen befinden sich die Bauarbeiter in der Lohngruppe I des Bezirksarbeitsvertrages (Mannheim-Ludwigschafen) seit dem 24. November im Streik. Das Kampfgebiet Mannheim-Ludwigschafen-Loppau ist zu meiden.

Müß. Die Baugewerkschaft bringt in ihrer Nr. 44 einen Bericht über unsere Lohnbewegung und versucht dabei, meiner Person eins auszuwaschen. Armer Joseph, willst Du Streit anfangen? Du schreibst, um den Hilfsarbeitern den Tarifabschluss schmachtig zu machen, hätte ich den Christen die Schuld gegeben. Das ist das gerade Gegenteil der Wahrheit. Ich habe wörtlich gesagt: Kollegen, Geld und Ranken haben die Forderung begründet. Da kam der Zwischenruf: „Waren die Christen denn nicht da?“ „Die haben nichts gesagt!“ war die Antwort. Du schreibst weiter, wir hätten wohl mehr erreichen können, wenn mehr Christen dort gewesen wären. Das ist eine Einbildung. Auch redest Du vom geistlichen Niveau. Ja, in Müßchen-Gladbach war ich noch nicht. Des weiteren sagst Du, daß wir in Müß bisher gut gefahren sind, zum Segen der Bauarbeiterchaft. Ja, Joseph, als wir noch keine Neugeborenen hatten. Die Zeiten sind vorbei in Müß, wo man sich von einem Demagogen einleiten ließ. Du schreibst ferner, meine Kollegen würden mir schon die richtige Antwort geben. Die Antwort wirst Du in Deinem Mitgliederbuch wohl schon haben. Am Schluß sagst Du, Müß hat jetzt 20 weniger Lohn als Crefeld, um den Ansehen zu erwecken, als seien wir daran schuld. Armer Joseph, hast Du nicht mit Deinen gesamten Kollegen bei den Tiefbauverhandlungen in Cöln für das Angebot von 1,10 M gestimmt, also für einen um 20 % geringeren Lohn? Wir waren nicht damit zufrieden. Was Du uns vorwirft, hast für ja selber gemacht. Deine Art und Weise ist echte Müßchen-Gladbacher Art. Du meinst, unsere Bäume würden nicht in den Himmel wachsen. Sei dessen unbesorgt, die Weinigen werden gefällt werden.

Nochmals: Neue Wege.

Die „Bauzeitung“, das Blatt des rheinisch-westfälischen Bauunternehmens im Industriegebiet, äußert sich in ihrer Nr. 44 vom 30. Oktober recht ungenügend über meine in Nr. 43 des „Grundstein“ über die Affordarbeit veröffentlichten Darlegungen. Danach nimmt das Blatt an, daß meine Auffassung mit dem Profitstreben des Unternehmers nicht in Einklang zu bringen ist. Diese Annahme halte ich natürlich vorausgesetzt; denn wo hätte ein Unternehmerrisiko schon einmal gegen die Profitmacherei Stellung genommen. Dies wäre jedoch der Fall gewesen, wenn das Blatt meine Ausführungen zum Bestehen hätte.

Die „Bauzeitung“ bezeichnet es als eine billige Beweisführung, daß ich sagte, die Arbeiter befänden sich auf

dem Holzwege wenn ihnen die Unternehmer Weisheit gollten. Ob diese Beweisführung billig ist oder nicht, jedenfalls habe ich es noch nicht erlebt, daß das Unternehmertum jemand Weisheit gollte, der für die Arbeiter eintrat. Dreißig und gottesfürchtig behauptet das Blatt, im Industriegebiet seien mindestens 75 vom Hundert der Bauarbeiter für die Affordarbeit. Wüßte das Blatt diese leichtfertige Behauptung beweisen, es würde ihm schämlich mißlingen. Das gegenwärtige schematische Lohnsystem bezweige eben diese Art der Arbeiterchaft nicht, sagt das Blatt. Darauf sagen wir: Sehr richtig! Deshalb erstreben wir ja den Sozialismus. Keine Lohnform wird die Arbeiter befriedigen, wenn der Lohn nicht ausreicht, die Lebensnotwendigkeiten sicherzustellen. Aber abgesehen von allen übrigen Schäden der „fordarbeit, garantiert ein Affordlohnwesen ein menschenwürdiges Dasein noch weniger als jede andere Lohnform. Welcher Art die Ausführungen des Blattes sind, geht auch daraus hervor, daß es behauptet, durch die Affordarbeit werde die Arbeitslosigkeit nicht vergrößert, sondern im Gegenteil verringert. Es verlangt sich wirklich nicht, gegen solche Unsinne zu polemisieren. Ich beschränke mich daher auf die Feststellung, daß nach unserm Reichsarbeitsvertrag Affordarbeit nur dann zulässig ist, wenn ein Affordtarif von den zuständigen Organisationen abgeschlossen wurde. Ist dies nicht der Fall, dann verstoßen alle, die in Afford arbeiten oder arbeiten lassen, gegen die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages, und sofern es sich um Mitglieder unseres Verbandes handelt, gegen die Beschlüsse des Karlsruher Verbandes. Für alle Verbandsmitglieder sind diese Beschlüsse verbindlich, und alle Verbandsmitglieder sind verpflichtet, ihnen Anerkennung zu verschaffen, wenn dagegen verstoßen wird. Unternehmer, die in mildem Afford arbeiten lassen, begehen daher ebenso Vertragsbruch, wie die Arbeiter, die sich dazu mißbrauchen lassen. Dabei ist die Handlungsweise beider gleich verwerflich; denn nur schände Gewinnjucht auf Kosten der Allgemeinheit ist ihre Triebfeder. Gegen tarifverweigernde Unternehmer müssen, sofern sie einem Arbeitgeberverbande angehören, die Tarifinsinzen angerufen werden, und gegen die Arbeiter, die sich als Trabanten profitgieriger Unternehmer mißbrauchen lassen, haben unsere örtlichen Organisationen Stellung zu nehmen. Wenn alle Ermahnungen nicht helfen, dann darf auch davor nicht zurückgeschreckt werden, sie aus dem Verbande auszuschließen.

Das Gesagte richtet sich gegen die milde Affordarbeit. Wo dagegen durch den Mehrheitswillen einer Berufsgruppe ein Affordtarif von Organisation zu Organisation ordnungsmäßig abgeschlossen wurde, dort ist die Affordarbeit zulässig. Wo aber die in Betracht kommenden Berufsgruppen die Affordarbeit ablehnen, da ist sie verboten und kein Verbandskollege hat das Recht, gegen den Willen seiner Berufsgruppe und seiner Organisation in mildem Afford zu arbeiten. Die Vereine haben also darüber zu bestimmen, welche Lohnform gelten soll. Trotzdem bin ich überzeugt, daß auch nicht 10 vom Hundert unserer Mitglieder für die verwerfliche, einzig und allein den Unternehmern dienende Affordarbeit eintreten werden. G. Fröhlich, Cöln.

Die kräftige Antwort, die mir Kollege Fröhlich, Cöln, hat zuteil werden lassen, zeugt davon, daß er meine Ausführungen gründlich mißverstanden hat. Ich würde ihm jedoch sehr nicht antworten und lieber die Zeit reden lassen, wenn nicht die „Bauzeitung“ für Rheinland und Westfalen“ mir zugehört hätte. Dieses Unternehmerricht hätte das nicht tun können, wenn es nicht ebenso wie Fröhlich mich mißverstanden hätte. Ich sehe mich daher gezwungen, nochmals auf die Sache einzugehen, damit zum Bau des neuen Weges nicht altes, minderwertiges Material benutzt wird.

Die Argumente des Kollegen Fröhlich sind nicht stichhaltig; sie gehören in die Vorlesungszeit, in der die Arbeiterchaft in wirtschaftlichen Fragen nicht mitreden durfte. Heute liegen jedoch die Verhältnisse wesentlich anders. Unser Verbandsrat in Karlsruhe hat sich für die Sozialisierung des Bauwesens ausgesprochen. Die Gründe dafür sind nach meiner Ansicht erstens der Umstand, daß der Privatunternehmer infolge seines Strebens nach Profit ein preiswertes Bauen unmöglich macht; zweitens, daß der Arbeiter einsehen, wie auf der einen Seite der Wohlstand sich hebt, während auf der anderen Seite das Elend immer größer wird, daß infolgedessen keine Arbeitskraft nicht dazu verwendet wird, billiges Bauen zu ermöglichen. — Von diesen Gedanken habe ich mich leiten lassen, und meines Erachtens muß das jeder tun, das es mit der Sozialisierung Ernst ist. Kollege Fröhlich ist anscheinend von diesem Gedanken noch nicht durchdrungen. Er will die Verhältnisse theoretisch meistern. Dann allerdings können wir noch lange auf die Erreichung unseres Zieles warten. Die Unternehmer haben die Sachlage besser erkannt als Kollege Fröhlich. Wer die „Soziale Bauwirtschaft“ liest, der wird daraus gelesen haben, was die Unternehmer alles aufbieten, um die Sozialisierungsbestrebungen zu verhindern. Dazu gehört auch die Einführung verschiedener Arten von Entlohnungen. Die Affordarbeit (das Geldverdiene) spielt dabei die größte Rolle und findet deshalb Anklang, weil die Kollegen wirtschaftlich sehr heruntergekommen sind. Diese Umstände kennen die Unternehmer nur zu gut. Wenn es im Bezirk Cöln besser aussehen sollte, so wird dadurch an den Tatsachen in ihrer Gesamtheit wenig geändert. In Westfalen liegen heute die Verhältnisse so, daß 50 % unserer Kollegen in Afford arbeiten. Infolge der starken Bautätigkeit sind hier Kollegen aus allen Gegenden Deutschlands zugereist. Und gerade diese Kollegen, die ihren eigentlichen Wohnsitz außerhalb des Bezirks haben, arbeiten bei uns mit Vorliebe in Afford. Es würde leicht möglich sein, aus dem Bezirk, in dem Georg Fröhlich tätig ist, eine Reize von Kollegen festzustellen, die in Afford arbeiten. In diesen Tatsachen ist also nichts zu deuten, und es würde auch dem Kollegen Fröhlich unmöglich sein, sie zu ändern.

Ich habe aus den Tatsachen die notwendigen Schlüsse gezogen. Das haben auch unsere sozialen Verbände zum Teil getan, und sie müssen es in Zukunft alle tun, wenn sie weiterbestehen wollen. Auch

sie mußten Arbeiten in Afford fertigstellen lassen; denn es wäre doch eine tatfällige Luftigkeit höchsten Grades, wenn wir den Weltkampf mit den Unternehmern mit minderwertigen und unbrauchbaren Waffen aufnehmen wollten. Wie sehr fröhlich die Situation verkennt, erfährt man daraus, daß er die Meinung ausspricht, durch die Affordarbeit werde Arbeitsmangel eintreten. So allgemein richtig diese Ansicht in flauen Zeiten sein mag, in der jetzigen Zeit kann sie nicht richtig sein. Zurzeit besteht doch ein so großer Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe, daß man möglichst schnell Hilfsarbeiter zu Facharbeitern ausbilden will. Infolge der Wohnungsnot ist das Baugewerbe auf viele Jahre mit Arbeitsgelegenheit versehen; wenn Arbeitsmangel eintreten sollte, dann gewiß nicht wegen der Affordarbeit, sondern wegen Mangels an Geld. — Unsere Sozialisierungsbestrebungen sollen und müssen dazu beitragen, die Bauwirtschaft in Gang zu halten. Das kann aber nicht geschehen, wenn man sich allein von Oppositionsideen leiten läßt, wie sie vor dem Kriege angebracht waren.

Auf die sonstigen Ausführungen Fröhlichs will ich hier nicht eingehen; denn sie fallen, wenn man die Angelegenheit von meinem Standpunkte aus betrachtet, ohne weiteres in sich zusammen. Auch die „Rheinisch-Westfälische Bauzeitung“ wird einsehen, daß ich die Affordarbeit nicht befürworte, um den Einheitslohn zu befestigen und die Entlohnung nach Leistung und Leistung zu erstreben. Ich halte sie für nötig, um unsern sozialen Baubetrieb zum Sieg zu verhelfen.

D. Bergemann, Dortmund.

Was tun unsere Vereine zur Gewinnung unserer jugendlichen Kollegen?

Zu dem Artikel des Kollegen Redjersky in Nr. 47 des „Grundstein“ erhielten wir nachstehende Zuschrift aus Chemnitz:

Die Angaben des Kollegen Redjersky treffen nicht im geringsten zu. Unsere Jugendabteilung ist vollständig intakt. Wir haben nur einen Fehler begangen, und der ist, daß wir dem zu uns kommandierten Redjersky unsere Jugend nicht anvertraut haben und dies auch nicht tun werden. Wenn die Lage der Lehrlinge nicht so verbessert wird, wie wir alle es wünschen, so liegt das daran, daß das Lehrlingswesen der Gewerbeordnung unterstellt ist. Man mühte eigentlich dem Gesellenauschub der Innung den Vorwurf machen, er habe die Interessen der Lehrlinge dort nicht richtig wahrgenommen. Aber dieser gehört der Organisation „Gainsstraße“ an, und diese Leute sind doch „unfehlbar“.

Das Schicksal der alten Kollegen.

Die Frage, was aus den Kollegen werden soll, die infolge ihres hohen Alters nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, dürfte eigentlich nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Leider ist die sozialistische Arbeiterchaft politisch zerfallen; Parteigegner erkennen ihre einseitigen Handlungen. Dennoch muß die Frage nach dem Schicksal der alten Kollegen beantwortet werden, weil die Volkswirtschaft wieder geubten.

Die Ungunst der Verhältnisse gewinnt ein Gepräge von jungen, gesunden und kräftigen Arbeitern zum Feiern; durch Erwerbslosenunterstützung müssen sie notdürftig über Wasser gehalten werden. Viele Arbeiter im Alter von 65 bis hoch über 70 Jahre quälen sich dagegen mühselig ab, können aber nicht ausspannen, weil ihnen das Hungergeheimnis droht. Hier müßte ein Ausgleich gefunden werden. Annummern von Unterhaltungen, die unter den jetzigen Verhältnissen für gesunde und kräftige Arbeiter nötig sind, können ihnen Zweck besser erfüllen. Man enthebe die über 65 Jahre alten Kollegen der täglichen Arbeitslast und gewähre ihnen für den Rest ihres Lebens ein gesichertes Auskommen. Die dafür erforderlichen Kosten müßte das Unternehmertum schon deshalb tragen, weil es bei Neueinstellungen die jüngeren Arbeiter teilweise vorzieht. Es ist also nur recht und billig, wenn den Unternehmern auferlegt wird, die Mittel aufzubringen, die nötig sind, für die Arbeiter zu sorgen, die sich in ihren Diensten aufgeopfert haben. Was jetzt haben die Unternehmer es immer noch meißterhaft verstanden, ungeheure Profite aus den Knochen der Arbeiter herauszuwirtschaften; die Arbeiterlöhne sind dagegen elende Bettelmengen. Die Sorge um die alten und kranken Arbeiter überläßt man am liebsten Staat und Gemeinden. Es ist einfach ein Skandal, daß diese Leute, deren Mund sozugenau überfließt von christlicher Nächstenliebe, die sogar ihren alt und tief gewordenen Quastieren das Gnadengott geben, ihren Mitmenschen ungerührt verkümmern lassen, wenn er ihnen keine Profite mehr bringt. Man konnte nicht mit dem Einwand, die Industrie könnte diese Last nicht tragen. Auch der gutgläubigste Arbeiter kann heute sehen, was für Riesengewinne trotz des wirtschaftlichen Elends noch eingehemt werden. Die Profite sind oft so groß, daß die Unternehmungen sich scheuen, sie alle in Form von Dividenden auszuschütten. Man judt das Kapital zu verwässern, indem man das Aktienkapital erhöht und den Aktionären die neuen Aktien ganz oder zum Teil schenkt. Man schreibt auch große Summen für alle Sachverhalte ab, damit die Dividende nach außen nicht so hoch erscheint. Angenommen, ein Unternehmen mit 10 Millionen Mark Aktienkapital zahlt eine Dividende von 25 % fest, das wären 2 1/2 Millionen Mark Dividende. Würde davon die Hälfte, also 1 1/4 Millionen Mark, zugunsten der alten Arbeiter verwendet, so könnten davon schon 200 Arbeiter ihren Lebensabend ohne Sorgen um das tägliche Brot beschließen. Jetzt werden einige wenige, die so schon reichlich mit Gütern ausgestattet sind, auf dies noch ein. Auf solche Art werden alljährlich Milliardengewinne ausgeschüttet. Die Hälfte davon würde genügen, die Alten der Arbeit wirklich ausreichend zu versorgen. Für die Volkswirtschaft wäre es von großem Vorteil, den Arbeitsmarkt auf solche Weise zu entlasten. Die Gewerkschaften müssen auch nach dieser Richtung arbeiten, wenn sie nicht wollen, daß die Arbeiterchaft noch mehr zerplittert wird. Die instabilen Wirtsjahre können nur so lange Anhang finden, so lange die Tätigkeits der Gewerkschaften nicht auch nach außen mehr bemerkbar wird. Leider gibt es noch viele Denkmale, die sich gar nicht überlegen, was für mühselige Arbeit es gefollet hat, überhaupt erst mal die Rechte zu erreichen, über die die Arbeiterchaft heute verfügt. Tagtäglich noch müssen wir im gassen Kampfe mit dem

Bürgerum unsere wohlverordneten Rechte verteidigen, was nach außen oft weniger hervortritt. Aber an dieser schmerzlichen Unfähigkeit suchen radikale Vorkämpfer ihr Süppchen zu kochen.

Jeder Kollege möchte sich darüber klar sein, daß wir unsere Lage durch Gründung kommunistischer Reichsgewerkschaftszentralen, Fraktionen Keimzellen und Bezirke nicht verbessern können. Wenn es gilt auf dem Boden der gegebenen Tatsachen tatkräftig mitzuarbeiten, verlangen derartige Einrichtungen immer. Es ist nun einmal viel leichter, zu kritisieren, als selbst mitzuarbeiten; mancher fürchtet auch, er könnte bei den Denksäulen in Mißtraut geraten und bleibt deshalb hübsch in der Opposition, da hat er es am leichtesten. Die Gewerkschaften müssen die Lage der Arbeiterschaft nach jeder Richtung zu verbessern streben. Das ist aber mit bloßen Lohnbewegungen nicht getan. Wir müssen versuchen, die Grundursachen des wirtschaftlichen Elends zu beseitigen, sonst stehen wir eines Tages vor dem Chaos. Um das zu verhindern, halte ich den von mir angegebenen Weg für den richtigen. Helft den Gewerkschaften zurzeit auch noch die wirtschaftlich herrschende Macht, so sind sie doch stark genug, Gesetze durchzubringen, die den alten Arbeitern für ihre letzten Lebensstage ein von Nahrungsfragen befreites Auskommen sichern. Die Allgemeinheit hätte davon nur Vorteil und den Präjudizverächtern würde damit Boden entzogen.

Also machen wir uns frei von allen Parteistreitigkeiten, schließen wir uns fest auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammen, dann werden wir auch das Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreichen. Hinweg mit allen Fraktionen und Keimzellen!

Mag Sübner, Berlin.

Holierer und Steinholzleger.

Frankfurt a. M. Die hiesige Sektion der Steinholzleger befaßte sich mit den geheimeren Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsarbeitsvertrages. Sie billigte das Vorgehen der Verhandlungskommission, sieht jedoch im Moment von aggressivem Vorgehen ab. Vielmehr wurde zunächst vom 10. November an der Stundenlohn wie früher mit 20 S (10,60 M) über dem Maurerlohn beibehalten und die Fernzulage auf 30 M täglich festgesetzt. Die Kollegen gehen dabei von der Hoffnung aus, daß die zentralen Verhandlungen sofort wieder aufgenommen werden, wofür sich auch die hiesigen Unternehmer verbürgt haben. Nach den uns gegebenen Versicherungen dürfte es nicht allzu schwer sein, eine Verständigung zu erzielen, weil die hiesigen Unternehmer ihr „Prinzip“, den zweieinhalbfachen Stundenlohn als Auslösung, fallen lassen. Also eine Annäherung an unsere Vorschläge ist hier bereits zu verzeichnen. Allerdings vertritt die Sektion die Ansicht, daß der Stundenlohn der Maurer + 10 % sowie der dreifache Stundenlohn als Auslösung das Mindeste des zentralen Abschlusses sein muß.

Vom Bau.

München. Wie Wünsche und Anträge der Arbeiter und ihrer Vertreter von manchen Behörden mißachtet werden, dafür ist die Bautenkontrolle in München-Land (Bezirksamt) ein klassisches Beispiel. Bekanntlich ist für dieses Gebiet seit einigen Jahren ein Bautenkontrollor angestellt. Daß dieser einzelne Kontrollor auch bei bestem Willen nicht imstande ist, die Kontrolle auch nur einigermaßen wirksam zu gestalten, ist ohne weiteres einleuchtend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er allein im Juli 1921 348 Baustellen in 80 Ortschaften zu kontrollieren hatte. Da sich die Unzulänglichkeit einer derartigen Kontrolle längst herausgestellt hatte, richtete die Landeskommission für Bauarbeiterlohn in Bayern schon am 22. Februar 1918 an das Bezirksamt München eine Eingabe um Anstellung eines zweiten Bautenkontrollors. Am 14. September 1918 leitete das Bezirksamt mit, daß die Bezirksauschüsse rechtlich und hinsichtlich der Sache beschließen hätten, von einer Anstellung Abstand zu nehmen. Bei späterem Bedürfnis solle die Angelegenheit neu geprüft werden. Auf eine neuerliche Eingabe vom 23. März 1921 erfolgte eine Antwort, die wertlos ist, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Sie lautet:

Auszug aus dem Protokoll des Bezirksauschusses München-Land vom 6. April 1921.

Anstellung eines zweiten Bautenkontrollors für den Bezirk.

Das Schreiben der Landeskommission für Bauarbeiterlohn in Bayern und der Bauarbeiterlohnkommission in München vom 23. März 1921 wird verlesen. Nach Aussprache wird einstimmig beschlossen: Der Bezirksauschuss München-Land lehnt es ab, dem Antrag auf Anstellung eines zweiten Bautenkontrollors für den Bezirk München-Land näherzutreten, weil Bauarbeiterlohn Sache der Staatsverwaltung und nicht Sache der Selbstverwaltungskörper (hier der Bezirk) ist.

München, den 13. April 1921.

Zur Beglaubigung:

Bezirksamt München. (Name unleserlich.)

Der Vorsitzende der Landeskommission wandte sich hierauf an das Ministerium für soziale Fürsorge, wo ihm jedoch bedeutet wurde, daß der Anzeigeweg einzufallen und eine eventuelle Beschwerde an die Regierung von Oberbayern zu richten sei. Um nun ganz vorläufig zu gehen, wurde neuerdings an das Bezirksamt München der Antrag gestellt: „Es möge auf Grund des § 66 der Verordnung über die Abänderung und Ergänzung der Bauordnung vom 21. März 1900 die Bedürfnisfrage bezüglich Anstellung eines zweiten Bautenkontrollors unverzüglich geprüft werden.“ Da hierauf eine Antwort überhaupt nicht gegeben wurde, richtete die Landeskommission am 22. Juli 1921 an die Regierung von Oberbayern eine Beschwerde mit ausführlicher Begründung ein, unter Beilegung der Abschriften der bisherigen Korrespondenzen und des Bautenvergleichnisses, aus denen die schon genannten Zahlen von 348 Baustellen in 80 Ortschaften zu ersehen waren. Die Antwort der Regierung kam am 10. Oktober, sie besagt:

Die auf Grund der Eingaben vom 23. März und 22. Juli 1921 gegangenen Erhebungen haben ergeben, daß ein Bedürfnis zur Aufstellung eines zweiten Bautenkontrollors aus dem Arbeiterstande für das Bezirksamt München nicht gegeben ist, zumal, wenn der schon aufgestellte Bautenkontrollor sich auf die ihm nach § 66 Absatz 4 der Bauordnung obliegenden Aufgaben beschränkt.

Dr. v. Raht.

Daß von Dr. von Raht eine andere Antwort nicht zu erwarten war, ist ohne weiteres klar. Die Kommission hatte daher auch gewünscht, daß die Antwort noch in der Zeit der Ministerpräsidentenwahlzeit Dr. von Rahts von einer „untergeordneten Stelle“ erfolgt wäre. Anstatt dem Bezirksauschuss München-Land klarzulegen, daß auch dieser den Bestimmungen der Bauordnung Rechnung zu tragen habe, wird dieser in seinem Zusammenfassendpunkt noch bestraft durch die wohlwollende Haltung der Regierung, die nicht anders als passive Resistenz bezeichnet werden kann. Sehr bezeichnend ist aber auch der Schlußsatz der von Rahtschen Antwort, in der dem Bautenkontrollor empfohlen wird, sich auf die Auf-

Am 10. Dezember ist der 49. Beitrag fällig.

gaben nach § 66 Absatz 4 zu beschränken. Dieser Absatz besagt nämlich, daß als Gehilfen der Sachverständigen Bautenkontrolloren aus dem Arbeiterstande angestellt werden sollen. Glaube denn Herr Dr. von Raht, daß es dem zuständigen Techniker möglich ist, eine Anzahl von fähigen 300 Baustellen zu kontrollieren und sich über Einzelheiten zu informieren? Und wenn der Meister keine Zeit hierzu hat, so muß halt die nötige Anzahl von „Gehilfen“ angestellt werden, um den Zweck erfüllen zu können. Für den Bezirksauschuss München-Land wie auch für Herrn von Raht aber stehen die Bestimmungen der Bauordnung bezüglich Bauarbeiterlohn lediglich auf dem Papier. Es scheint, daß diesen Herren auch die frühere Zeit schon viel zu sozialpolitisch angehaucht erschien. Es ist daher begreiflich, daß sie sich im weiteren Fortschreiten nicht abfinden können. Die Angelegenheit wurde nun von der Landeskommission unterm 7. November dem Ministerium für soziale Fürsorge unterbreitet, und es darf wohl erwartet werden, daß die jeder Sachlichkeit baren Beschlüsse des Bezirksauschusses einer gründlichen Korrektur unterzogen werden.

Bücher und Schriften.

Das Problem der auswärtigen Politik. Von Gilbert Murray. Aus dem Englischen überlebt von Luise Kautz. Verlag J. F. W. Dieß, Stuttgart. Preis 12 M. Das Buch ist für Deutschland bitter notwendig, vielleicht können wir mit seiner Hilfe einmal dazu, wirklich Politik zu treiben. Bisher wird nur gemauschelt. Da aber nun leider auswärtige Politik fast immer noch von den Diplomaten und „gelernten“ Staatsmännern gemacht wird, so empfehlen wir diesen ganz besonders dieses Werk.

Im Verlage von J. F. W. Dieß Nachf., Stuttgart, sind erschienen: Die Technik in der Kunst. Von Lewin Dorsch und Heinrich Cunow. Preis 24 M. In drei fartonierten Bänden mit den Untertiteln: „Das Feuer“, „Der Wohnungsbau“, „Nahrungsbereitstellung und Ernährung“, „Entwicklung der Waffen, Körperschutz, Bekleidung“ ist in großer, gediegener Form ein Liebling über die erste kulturelle Entwicklung der Menschheit gegeben. Die Schriften werden besonders für unsere Jugend willkommenes Gaben sein.

Im gleichen Verlage erschienen: Die Mutter als Erzieherin. Von Heinrich Schulz. Preis 9 M. Dieses in der 7. Auflage herausgekommene Werk enthält Ratsschläge für die Erziehung im Hause. Es ist, wie schon sein Titel besagt, besonders für die Mütter bestimmt. Hoffentlich schwingen sich recht viele Mütter dazu auf, den Müttern ihrer Kinder das Buch zum Geschenk zu machen als Gegengabe für die abendlichen Klagen über die Ungezogenheiten der lieben Klagen.

Statt für Baugewerkschulen und Baugewerksmeister. Zweiter Teil. Von Carl Jillich. Verlag: Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, Wilhelmstr. 90. Preis geheftet 18 M. Diese achte und neubearbeitete Auflage ist jetzt sich würdig den vorhergehenden Auflagen an. Der Inhalt ist in nachstehende Kapitel gegliedert: Ziele, Feststellungslehre, Zug- und Druckfestigkeit, Statistische Berechnungen, Vorgehensregeln, Ausschreibung, Sicherheit. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß das Werk mit Erfolg nur benutzt werden kann von Leuten, deren Schulbildung über die Elementarfächer hinausgeht.

Leitfaden für den Unterricht in Mathematik an Baugewerkschulen und verwandten Anstalten. Von G. Feldhaus, Baugewerkschullehrer. Verlag: Paul Steinte, Breslau I. Preis 20 M. Das in 4. Auflage erschienene Werk bezieht sich auf zwei Hauptteilen: Buchstabenrechnung (Algebra) und Raumlehre (Geometrie), die unter Vermeidung von allen überflüssigen zusammen einen geeigneten Leitfaden bilden, den Baugewerkschüler durch alle Klassen zu führen und ihm die nötigen Kenntnisse zu vermitteln. Das Buch wird ihm aber auch später gute Dienste als Nachschlagewerk leisten. Die zahlreichen Abbildungen sind klar und deutlich, so daß sie den Text in richtiger Weise erläutern und ergänzen. Der Leitfaden kann jedem Baugewerkschüler und Techniker zur Benutzung empfohlen werden. S.

Briefkasten.

Gladder. Der dortige Verein will in einer Resolution dem Verbandsvorstand nachdrücklich, er beachtliche, 100 000 Bauhilfsarbeiter in einem Jahre zu Mureuren auszubilden. Eine solche Meinung von dem Vorsitzenden des Reichlichen Bauarbeiterverbandes zu haben, zeugt nicht von besonderer Klugheit. Vielleicht war es Boshheit, was die Gladderer Kollegen bewog, sich dümmer zu stellen als sie sind. Aber auch die Boshheit soll man nicht so weit treiben, daß man

sich lächerlich macht. Der Verbandsvorstand wird den dringlichen Veruch machen müssen, die vernünftigen Vereinsmitglieder zusammenzubringen, um das Ansehen des Vereins zu wahren.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Verbandsfalter. Da die Auflage vollständig vergriffen ist, so können Bestellungen, die nach dem 28. November einlaufen, leider nicht mehr ausgeführt werden.

Vom 20. bis 26. November haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Alstedt 8000 M., Augsburg 20 000, Annaberg 8000, Altenstein 6000, Auma i. Thüringen 1400, Mendsee 961, Aurich 1500, Ungermünde 1000, Aue 286, Mägen 6000, Mynsböck 2000, Bauen 8000, Belgia-Niemegf 500, Bonn 85 000, Burg b. M. 3500, Bismarck 624, Buchow 400, Bockwitz 7000, Berlin 300 000, Waldenburg 700, Wernau 6000, Brate 800, Borna 3000, Barth 1000, Bremen 15 000, Brandenburg 8000, Carthagen 5000, Celle 3000, Clausnitz 4000, Cottbus 10 124, Calvade 1000, Cöthen 9000, Coburg 1900, Cüstrin 5000, Csin 300 000, Chemnitz 10 000, Götting 7000, Drielen 1046,65, Daber 396, Dahlen 1000, Döbeln 5000, Dannenberg 1000, Dresden 50 000, Danzig 30 000, Eisenberg 2000, Emden 2 000, Einbeck 3000, Elmshorn 3000, Estlin 1201,30, Friedland in Mecklenburg 500, Fulda 1500, Frankfurt a. M. 20 000, Froburg 1500, Freiburg i. Schl. 6000, Fürstenseelbrunn 1200, Groß-Beeren 1500, Granitz 300, Großenhain 7000, Gronau 2000, Gelsenkirchen 22 000, Gültrow 2767,70, Gollnow 2010,50, Gardelegen 2000, Gerbersberg i. Vogt. 660,34, Guben 6000, Goslar 8000, Götlich 14 011,5, Hameln 805,80, Hohenstein-Ernstthal 3000, Hildesheim 8000, Herzfeld 2000, Heide 500, Hornburg 141,80, Hagen i. M. 15 500, Hülsum 3000, Hainrode 400, Jarmen 400, Krugau 5000, Karlsruhe 10 000, Klosterlausitz 1000, Kallberg 136, Kumbach 4500, Kattowitz 149,80, Kämgeswusterau 1000, Körlin 319,20, Lübeck 10 000, Liebenwalde 500, Lötzen 3000, Lauenburg i. Pomern 2000, Lützenburg 10 000, Lüneburg 3000, Lauenburg a. d. Elbe 2000, Lützenburg 350, Leipzig 194,40, Meerane 5000, Memmingen 3000, Mies 2000, Mühlheim a. d. Ruhr 15 000, Mügeln 1000, Magdeburg 30 000, Mittenberg 1000, Naundorf 1200, Neudorf 1200, Neuland i. Holst. 1000, Nürtenberg 22 000, Nowawes 3500, Norderny 1000, Neumünster 3000, Norden 2000, Nossen 2000, Neufeld 2000, Neißa 1000, Neustadt-Orla 1000, Neßthausen 3000, Naumburg a. d. S. 6000, Paffau 3000, Potsdam 6500, Pfla i. M. 1300, Pöhlitz 1000, Pyritz 1000, Reine 10 087,80, Paretz 600, Querfurt 1000, Riesa i. Schl. 7000, Reichenbach i. Vogt. 3000, Riesa 5000, Reichenhall 3000, Reinsberg 300, Rathenow 6000, Ravensburg 5000, Rosenmalde 1300, Rheinsdorf 3000, Reutlingen 28 228,80, Hofengen 81,70, Rethem an der Aller 500, Stade 1588,50, Salzhäusen 1400, Stralund 1500, Stavenhagen 1000, Solingen 15 000, Schwarzenberg 6000, Saalfeld 2000, Sprottau 2000, Schwelben 1400, Seelitz 1000, Sachwitz 6000, Stuttgart 97 297,45, Thale 2000, Teltow 2000, Trier 10 000, Trebnitz 3000, Trebbin 2000, Torgau 2000, Trier 2000, Tangermünde 102,40, Tautlingen 7000, Uelzen 2000, Uetersen 600, Ulm 15 000, Worsnis 4000, Wilsheimshagen 10 000, Wismar 1500, Werben 1711,90, Waren 2000, Wollin 7000, Wustenberg 2000, Wustrow 2000, Wustrow 300, Zietar 400, Wittberg 3000, Wismar 2900, Wismar 20 500, Zerbst 1100, Zornitz 400, Zeitz 10 000, Zittau 20 500.

Von hingedruckt: Streifenanfertigung, Druck: Amberg 19,45 M. - Kalender: Amberg 2,40 M., Breslau 675, Groß-Wartenberg 76,50, Leipzig 90, Mainz 1350, Pirm 225, Reutlingen 1125, Sigmaringen 180.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:
Amberg. Theodor Donhauser, 37 Jahre alt.
Anklam. Friedrich Sellner, Maurer, 44 Jahre alt.
Auc. Paul Max Zettel, Maurerlehrling, 17 Jahre alt.
Vielefeld. Karl Rukat, 77 Jahre alt.
Wilhelm Nickenhorst, 47 Jahre alt.
Heinrich Niewald, 40 Jahre alt.
Cassel. Carl Aderhold, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt (Friedl.).
Conrad Rohrbach, 53 Jahre alt.
Cöln. Franz Kowalsky, Hilfsarbeiter, 22 Jahre alt.
Dresden. (Ottendorf). Aug. Röbber, Hilfsarb., 54 J.
Duisburg. Jacques Mailles, Hilfsarb., 65 Jahre alt.
Frankfurt a. M. (Mied.). Wilh. Wagner, Maurer, 44 J. (Bruchköbel).
Georg Ohl, Hilfsarb., 23 Jahre alt.
Frankfurt. Anton Zielske, 33 Jahre alt.
Freising. Heinrich Ebert, Erdarbeiter, 57 Jahre alt.
Göppingen. (Wegau). Otto Kolb, Maurer, 84 J. alt.
Greiffenberg i. Schl. (Goldentraum). G. Ellger, Ziehl.
Hagen. (Herbstedt). B. Wickert, Maurer, 49 Jahre alt.
E. Koppe, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt. (Schwerte).
L. Wagner, Maurer, 63 Jahre alt.
K. Korte, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt.
(Menden). G. Nonmann, Betonarbeiter, 42 Jahre alt.
(Bredersfeld). A. Kahl, Maurer, 52 Jahre alt.
Karlsruhe. (Bruchköbel). L. Baumeister, 41 J. alt.
(Bruchköbel). Vitis Ball, Gießerarb., 30 Jahre alt.
(Bruchköbel). Johann Wiese, Maurer, 69 Jahre alt.
München. (Untergering). Peter Fersl, 42 J. alt. (Neuhäusen). Ludwig Tobler, Gießer, 59 J. a. l.
Birma. (Hellendorf). Herm. Hickmann, G. 49 J. alt.
P. auen. (A. Heuma). Enno Schmed, Hilfsarb., 20 J. alt.
Schweinfurt. (Mura). Franz Schmitt, 14 Jahre alt.
Weihenstephan. Karl König, Maurer, 60 Jahre alt.
G. H. ihrem Andenken!

Grefeld. Das Bureau des Vereins befindet sich auf dem Nordwall 125. Dort ist auch das Bureau der Bau-Produktionsgenossenschaft „Grundstein“. Das Bureau ist geöffnet vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, Montags und Samstags von 9 Uhr morgens an.
Der Vereinsvorstand.